

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

(ore 10.19)

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Viola, Kofler, Frasnelli, Montefiori, De Stefani, Fedel, Giovanazzi, Durnwalder und Muraro. Ich bitte um Verlesung des Protokolls.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Keine, dann gilt das Protokoll als genehmigt.

Entschuldigen Sie bitte die kurze Denkpause. Ich möchte eine Mitteilung machen. Wir haben heute den Regionalrat zur Behandlung der ordentlichen Tagesordnung einberufen und auf dieser ordentlichen Tagesordnung ist in Behandlung das sogenannte Familienpaket und eine Reihe anderer Punkte. Ich habe scherzhafterweise im Fraktionssprecherkollegium gesagt, so viele, daß wir auch schon die nächste Legislaturperiode damit an Arbeit gefüllt haben. Es steht auf der Tagesordnung auch einer der neu eingebrachten Punkte, allerdings am Ende der Tagesordnung, ein Mißtrauensantrag gegen den Präsidenten des Ausschusses Grandi. Ich habe im Faktionssprecherkollegium den Antrag erhalten, diesen Mißtrauensantrag vorzuverlegen, und zwar hat als erster der Präsident Grandi selbst darum ersucht, den Mißtrauensantrag vorzuverlegen. Diesem Ansuchen haben sich die Einbringer selbst angeschlossen, Boldrini, die Kollegin Tarfusser, der Kollege Atz und ich weiß nicht mehr alle, jedenfalls eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen, die diesen Punkt vorverlegt haben wollten. Ich habe Schwierigkeiten mit der Geschäftsordnung mit der Vorverlegung, weil die Geschäftsordnung vorsieht, daß für Mißtrauensanträge gegen den Ausschuß keine Dringlichkeitsprozedur zulässig ist - das ist im Artikel 118 vorgesehen - und weil die Geschäftsordnung im Artikel 50 vorsieht, daß Anträge um Vorverlegung der Tagesordnungspunkte 24 Stunden vorher eingebracht werden müssen. Damit habe ich nur mehr einen Ausweg da herauszukommen, weil auch ich die politische Notwendigkeit verstehe, daß man den Mißtrauensantrag vorverlegen will, und zwar indem der Regionalrat darüber entscheidet und zwar mit Einstimmigkeit. Wenn

keine Einstimmigkeit gegeben ist, dann muß ich klar sagen, dann kann ich beim besten Willen dieses Diktat der Geschäftsordnung nicht übersehen. Wenn Einstimmigkeit ist, dann kann man sagen, der Regionalrat steht darüber, aber wenn auch nur eine Gegenstimme ist, dann mache ich darauf aufmerksam, daß das bedeutet, daß ich als Hüter der Geschäftsordnung deren Einhaltung gewährleisten werde.

Damit frage ich: Wer ist mit der Vorverlegung des Mißtrauensantrages gegen den Ausschuß einverstanden? Bitte zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben. Chi è a favore di anticipare la mozione di sfiducia contro il Presidente della Giunta alzi per favore la mano. Wir machen jetzt die Gegenprobe. Chi è a favore alzi la mano. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, der Beschluß muß einstimmig sein. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Astensioni, per favore. Eine Enthaltung. Damit ist die Voraussetzung, die ich genannt habe, nicht gegeben und ich muß damit mit der Behandlung der Tagesordnung fortfahren, und zwar mit dem offenen Punkt. Was ich tun kann für das nächste Mal ist, daß ich den Punkt auf Ersuchen der Faktionssprecher - das war ja ziemlich eindeutig - als Punkt 1 der Tagesordnung von vorne herein anführe. Der Mißtrauensantrag wird also bei der nächsten Sitzungsrunde am 24. Juni als Punkt 1 der Tagesordnung behandelt.

Bitte um geordnete Wortmeldungen, wenn es welche gibt. Wer meldet sich zu Wort? Christina Kury, bitte.

KURY: Herr Präsident, ich habe mit Verwunderung ein Datum aus Ihrem Munde gehört. Am 24. Juni ist laut meinem Kalender keine Regionalratssitzung und ich bin auch nicht informiert worden, daß man sich darüber geeinigt hätte. Ich ersuche Sie hier um Klärung, Herr Präsident, denn ich vernehme es heute zum ersten Mal aus Ihrem Mund. Es liegt keine Einladung vor, insofern also denke ich muß das schon noch fixiert werden.

PRÄSIDENT: Ja, Frau Abg. Kury, ich werde gleich antworten. Möchte noch jemand das Wort zu den Einberufungen? Niemand?

Ich habe mit Schreiben vom 14. Mai 1998 die entsprechende Mitteilung gemacht und habe dann aufgrund verschiedener Anträge versucht, mit den Landtagen von Bozen und Trient zu verhandeln, um eine Terminverlegung zu erzielen, die nicht gelungen ist, so daß ich also dabei bleiben muß, daß vom 24. - 26. Juni diese Runde des Regionalrates einberufen bleibt. Aber wenn Sie darüber diskutieren wollen. Bitte Herr Abg. Pinter.

Mit dem Präsidenten Montefiori, Landtag Südtirol, und dem Präsidenten Giordani, Landtag Trient, sind diese Zusatztermine ausgemacht, nicht gelungen ist eine andere Datumsfestlegung, und zwar mit Trient, aber nicht mit Bozen. Somit habe ich nichts mehr anderes tun können als diesen Termin vom 24. - 26. Juni zu bestätigen. Abg. Pinter wollten Sie dazu etwas sagen? Prego.

PINTER: Grazie Presidente. Credo sia assolutamente importante chiarire tale questione, perché la conferenza dei capigruppo del Consiglio regionale non ha mai

deciso la convocazione del Consiglio in queste tre date. Allora è pur vero che lei è Presidente di questo Consiglio, però la prassi vuole che venga concordata la convocazione del Consiglio con il consenso dei vari gruppi politici. A me risulta che non solo la conferenza dei capigruppo ha definito queste tre date, ma che al tempo stesso risulta che il Consiglio provinciale di Trento è già impegnato per queste tre date per una presenza istituzionale del Baden-Württemberg della delegazione istituzionale della nostra realtà.

Allora stavo dicendo che non solo la conferenza dei capigruppo non ha mai deciso la convocazione di queste tre date, ma al tempo stesso in queste tre date è prevista la presenza istituzionale del Land del Baden-Württemberg a Trento, con l'impegno congiunto del Consiglio provinciale, perché non è una visita solo di piacere, ma istituzionale e se ciò non bastasse il 26 giugno è anche la festa di S.Vigilio, patrono di Trento.

Presidente, ci deve chiarire una volta per tutte, perché sappiamo che non abbiamo grandi interpreti istituzionali, il Presidente Giordani se l'è svignata perché non ha il coraggio di confrontarsi con lei, ma io che sono un consigliere ho il coraggio di confrontarmi. Allora torno a chiederle: i giorni 24, 25 e 26 giugno la conferenza dei capigruppo non ha deciso alcuna convocazione del Consiglio regionale.

Punto secondo, è già stabilito l'impegno istituzionale del Consiglio provinciale di Trento, quindi non può di imperio decidere la convocazione del Consiglio, non possiamo sdoppiarci, abbiamo un problema fisico di presenza, oltretutto, se non sbaglio, il Consiglio è già stato convocato i giorni 30-1-2-3-7-8-9-10-11, quindi non mi pare non siano state convocate sufficienti sedute.

In ogni caso invito il Presidente Giordani a tutelare il Consiglio provinciale di Trento. Grazie.

PRÄSIDENT: Abg. Passerini, bitte.

PASSERINI: E' singolare che debbano essere i consiglieri della minoranza a ricordare a quest'aula che i giorni 24-25-26 giugno a Trento c'è l'incontro con la delegazione del Baden-Württemberg. E' un incontro previsto da due anni, in quanto quella delegazione restituisce un'analogia visita effettuata dal nostro Consiglio provinciale, quindi si tratta di un impegno istituzionale nel vero senso della parola.

Allora mi domando se dobbiamo essere noi a ricordare questo o se non debba essere chi ha invitato la delegazione del Baden-Württemberg, specie il Presidente del Consiglio provinciale di Trento.

Quindi mi auguro che il Presidente Giordani prenda la parola e risolva la questione con il Presidente del Consiglio regionale, altrimenti ci troviamo a dover ripetere l'errore che era già stato fatto in precedenza, di una doppia convocazione dei consiglieri della Provincia di Trento a Trento ed a Bolzano. Attendo che il colloquio si sviluppi, anche se era auspicabile che si sviluppasse prima di questa quasi sceneggiata, alla quale stiamo assistendo in questo momento.

Presidente Peterlini, stavo dicendo che noi non dovremo ripetere l'errore dell'altra volta, in base al quale i consiglieri della Provincia di Trento sono stati convocati sia a Trento che a Bolzano.

Allora chiedo che si sospenda questo Consiglio, perché non è dignitoso continuare in questa discussione e che i due Presidenti risolvano la questione, perché non è competenza dei consiglieri, tanto meno di quelli delle minoranze, risolvere un problema istituzionale così delicato e così grave.

Quindi ci tolga dall'imbarazzo quasi vergognoso e per favore mettetevi d'accordo su dove dobbiamo andare i giorni 24-25-26 giugno. Grazie Presidente.

PRÄSIDENT: Danke. Ich nehme die Anregung auf, um damit auch die Debatte abzuschließen, weil es ja wirklich nicht viel Sinn hat, da jetzt lang zu diskutieren. Ich werde mit dem Präsidenten Giordani - ich habe schon einmal darüber geredet - und mit dem Präsidenten Montefiori noch einmal über die Verfügbarkeit reden. Das Problem allerdings wird nicht damit gelöst, daß man mir sagt, da gibt es Probleme und dort gibt es Probleme, weil dann besteht überhaupt kein Spielraum mehr, den Regionalrat einzuberufen, außer den vorgesehenen Terminen. Und ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß wir einfach die Dringlichkeit haben, vor den Sommerferien gewisse Gesetze zu machen. Und das sagen mir alle. Ich habe gestern mit Dringlichkeitsprozedur dieses Gesetz über die Volksinitiative bringen müssen. Es ist in der Zeitung polemisiert worden, es muß behandelt werden, es sind Gesetzestermine usw. Bitte, ich habe dafür den Raum vorgesehen. Das Familienpaket muß dringend weitergebracht werden, es steht auf der Tagesordnung heute. Delegierung conditio sine qua non seitens der Volkspartei und Mehrheit usw. Dann das Wahlgesetz. Wenn die Wahlgesetze im Herbst gemacht werden, könnt ihr euch vorstellen, daß es zu spät ist. Dann die Gemeindeordnung, Bürgermeister, Pressemitteilungen und Proteste, Vorsprachen bei Fraktionssprecher, dann Haushaltsänderungen für das heurige Jahr, ja sagt mir, wann ich das tun soll. Ich versuche da mit bestem Wissen und Gewissen vorzugehen und im Bewußtsein, daß ich dafür verantwortlich bin und ich die Einberufungen mache, das möchte ich dem Kollegen Pinter sagen. Bitte, ich werde noch einmal Rücksprache halten, aber es geht nicht an, daß andere Termine, Besuche usw. dann als Hindernis herhalten. Ich schließe damit die Diskussion ab, weil es keinen Sinn hat, den ganzen Vormittag über Termine zu diskutieren, ich werde mit den Präsidenten der Landtage von Bozen und Trient nochmals reden und dann werden wir sehen was wir daraus machen sollen. Ich habe auch Besseres zu tun als nur da zu sitzen und zusätzliche Termine einzuschieben, ich habe meine Pflicht auch wahrzunehmen. Jetzt lassen wir diesen Punkt sein, weil es hat keinen Sinn über die Termine weiter zu diskutieren in diesem Organ, weil wir so zu keinem Ende kommen. Benedikter ich würde bitten, Zendron und Dalbosco, daß wir das Thema jetzt absetzen können, bis ich es nach Rücksprache mit den Präsidenten Giordani und Montefiori wieder aufgreifen kann. Kann man es beiseite lassen jetzt? Wenn Ihr darüber diskutieren wollt, dann bringe ich es auch zum Abschluß und mache zum Schluß eine Abstimmung, nur daß das auch klar ist. Bitte? Abg. Benedikter hat es zur Kenntnis genommen. Abg. Zendron kann ich das

Thema jetzt, bis zur Klärung absetzen? Dalbosco danke. Ich habe gesagt, es hat keinen Sinn, noch länger darüber zu diskutieren, wenn ich mit dem Präsidenten Giordani reden soll. Ich nehme die Anregung auf, die da gegeben worden ist, damit rede ich zuerst mit dem Präsidenten Giordani und dann reden wir über das Thema weiter. Das wäre der Zweck der Übung, sonst reden wir den ganzen Vormittag über Termine.

Zum Familienpaket möchte ich jetzt zurückkommen. Bitte schön, Abgeordnete Zendron.

ZENDRON: Presidente, capisco che lei voglia andare avanti, anche noi vogliamo andare avanti più di lei con i lavori di quest'aula, però vorremmo sapere quando, io appartengo ad un gruppo le cui consigliere sono sempre presenti e non hanno mai contribuito a far saltare il numero legale, cosa che è successa con la maggioranza.

Le vorrei chiedere di farci sapere, perché all'inizio dell'anno facciamo un calendario, prendiamo tutti i nostri impegni, quando non c'è seduta non andiamo nei Mari del Sud, ma lavoriamo ed abbiamo altri impegni, mi sembra una maniera proprio offensiva per i consiglieri aspettare il giorno prima per dire se vi sarà seduta il tal giorno.

Una settimana fa si diceva che la seduta avrebbe avuto luogo la settimana prima, adesso la settimana dopo, non mi sembra sia questo il modo di lavorare!

Adesso siamo qui per attendere che il Presidente Giordani, che fuori dall'aula va dicendo che non manderà i suoi consiglieri dal 24 al 26, mentre noi dobbiamo rinunciare ai nostri impegni di lavoro per venire in quest'aula e constatare che non c'è il numero legale? Permette che vogliamo sapere questa cosa, oltre il fatto che abbiamo un calendario fissato per tutto l'anno e francamente non c'è un motivo di fare queste sedute straordinarie in questo periodo, perché lei sa benissimo come siamo impegnati.

Penso che se lavorassimo bene ci impiegheremo un decimo del tempo a fare le cose, invece il modo con cui vengono gestiti i capigruppo e l'aula fa sì che abbiamo un sacco di difficoltà ed un modo di procedere lento e faticoso. Però credo sia nostro diritto sapere quando, oltre il fatto che credo sarebbe anche materia di discussione dei capigruppo e non di decisione presa insieme al capogruppo dello SVP in un'aula accanto il bar.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Chiodi bitte.

CHIODI: Non intendo ripetere quello che ha detto la collega Zendron, egregio Presidente, però le chiedo di convocare l'Ufficio di Presidenza, discutere con i Presidenti dei Consigli provinciali ed entro questa mattina fornirci una risposta di come sarà articolato il nostro lavoro ed al pomeriggio queste cose verranno dette ai capigruppo, perché altrimenti così non possiamo andare avanti.

Visto che questa mattina dovevamo discutere la mozione di sfiducia del Presidente Grandi ed è uscito il risultato dell'aula, le chiedo di usare mezz'ora di questo

tempo per convocare l'Ufficio di Presidenza, per discutere con loro cosa fare e nel pomeriggio comunicarlo ai capigruppo.

PRÄSIDENT: Ich möchte wiederholen, daß ich die Anregung Passerini wahrnehme, daß ich mit den Präsidenten der beiden Landtage reden will, wovon nur einer anwesend ist und auch Präsident Giordani hat mich gebeten, ein bißchen zu gedulden, bis die Beamtin kommt, die die genauen Termine kennt und wir werden über Mittag dieses Gespräch halten und werden dann am Nachmittag das endgültig mitteilen können. Momentan kann ich nichts machen, auch wenn ich möchte. Es ist nicht so einfach, die Termine auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und vor allem gleichzeitig die Verpflichtungen damit zu erfüllen. Aber wie dem auch sei, wir werden das machen.

Wir kommen jetzt zurück zum Thema, und zwar zum Familienpaket und sind in Behandlung des Art. 4. Wir haben da ein neues Paket von Abänderungsanträgen von Seiten Romano, Saurer, die in Verteilung sind. Moment, bitte. Aber es ist ein Vorschlag da, die Artikel 5 - 12 zu streichen, und zwar ist der von Abg. Pinter eingebracht worden. Nachdem die Streichungsanträge Präzedenz haben, setzte ich den Art. 4 aus, weil wir da momentan nicht weitergehen können, solange wir nicht ein klares Bild und die Unterlagen haben. Damit bringe ich diese Streichungsanträge, die Präzedenz haben, zum Art. 5 zur Diskussion. Bitte Frau Abg. Kury zum Fortgang der Arbeiten.

KURY: Wir reden jetzt glaube ich im dritten Monat zu diesem Familienpaket und jedesmal wenn wir dazu anfangen, zur Diskussion kommen - und sie drängen ja darauf wir sollten endlich einmal effizient arbeiten -, jedesmal eine Sekunde vor Beginn der Diskussion heißt es wir bekommen von den beiden zuständigen Landesräten noch ein Bündel an Abänderungsanträgen. Ich frage mich jetzt wirklich, ob das effiziente Arbeit ist, ob man mit dieser Arbeitsweise echt verhindern will, daß wir hier seriös diskutieren. Ich ersuche Sie jetzt Herr Präsident und ich bitte Sie auch das nicht als Obstruktion aufzufassen, sondern als Wille zum seriösen Arbeiten, doch zuerst die Abänderungsanträge auszuteilen, daß wir wissen, um was es sich hier überhaupt letztendlich handelt. Art. 4 wird ausgesetzt höre ich, weil da kommt noch irgend etwas, der Art. 4 ist für mich der einzige relevante Punkt in diesem Gesetz. Alles andere ist aus meiner Sicht eigentlich nichts anderes als ein bißchen Geld verteilen vor den Wahlen, aber Art. 4, die Frage nach der Pflegeversicherung, ist für mich der springende Punkt und ich möchte ganz einfach wissen, bevor ich dann zu anderen Aspekten übergehe, was man so in den verschiedenen Landesregierungen Trient und Bozen dazu plant. Ich denke dieser Wille ist legitim Herr Präsident, ich ersuche Sie, die Abänderungsanträge auszuteilen und uns auch die Gelegenheit zu geben, darüber nachzudenken was sie denn heißen. Wir haben inzwischen eine Flut an Abänderungsanträgen, daß die Diskussion an und für sich schon fast unmöglich ist, aber wenn Sie uns dann jedesmal das nette Überraschungsgeschenk auch noch bereiten, daß wir eine Sekunde vor der Debatte noch auf ein Bündel warten müssen, dann finde ich das gelinde gesagt eine Zumutung. Herr

Landesrat Romano, jetzt sagen Sie, es handelt sich ja nur um Streichungsanträge, ja denken Sie es ist nicht auch wichtig für uns zu wissen was denn gestrichen wird?

PRÄSIDENT: Abg. Dalbosco bitte.

DALBOSCO: Grazie Presidente. Anch'io intendo protestare con forza contro questo modo di procedere, è una procedura che da mesi ci mette nelle condizioni di non lavorare, se c'era da sopprimere qualche cosa non si comprende perché a metà giugno vi sia da sopprimere ed a metà maggio non era da sopprimere, cosa è intervenuto di fondamentale nel frattempo? A metà maggio c'erano emendamenti che a metà marzo non erano proposti, va bene che si cambia con i lavori in corso, ma questo è un continuo rattoppare le toppe e rattoppare le toppe delle toppe e questo riguarda l'assessore e la Giunta, il tutto condito dall'incapacità da parte del Presidente del Consiglio o dalla non volontà - non si capisce - di fornirci gli strumenti adeguati, perché è vero che il nostro regolamento acconsente continui emendamenti in corso d'opera, però da una tornata all'altra avere in mano uno schema riassuntivo degli emendamenti e dei subemendamenti avrebbe pur consentito di lavorare meglio e rendere più efficiente il nostro lavoro.

Questo non è stato fatto, la prima volta passi, perché siamo stati sommersi da un'ondata di emendamenti da più parti, ma siamo alla terza tornata, alla quarta, ho perso il conto e non c'è mai un pezzetto di schema. Nei Consigli provinciali lavoriamo diversamente quando la materia è molto complessa ed occorre districarsi, per cui questo secondo appunto non riguarda più la Giunta, ma chi continua a proporre emendamenti a valanga, il che non facilita il nostro lavoro di consiglieri, ma ci pone in continua difficoltà.

PRÄSIDENT: Abg. Dalbosco, Abg. Kury und alle die protestiert haben: Der Abänderungsantrag mit mehr als zehn Unterschriften ist vor drei Minuten eingebracht worden, vor drei Minuten, und damit sind alle Anklagen gegen das Präsidium ungerechtfertigt, weil ich kann nichts anderes tun als Ihnen sagen, jetzt sind sie eingebracht worden. Aber Sie haben recht mit der Kritik am Procedere und ich verstehe es auch nicht mehr, weil es geht nicht an, daß wir immer wieder mit neuen Abänderungspaketen überflutet werden, auf die sich die Abgeordneten natürlicherweise zumindest einlesen müssen und wir müssen die Zeit haben sie zu übersetzen und zu verteilen. Somit ist die Sitzung für eine Viertelstunde unterbrochen bis wir soweit sind, daß sie verteilt sind. Die Sitzung ist unterbrochen.

(ore 11.03)

(ore 11.46)

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter

Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Prego i consiglieri di prendere posto. I lavori riprendono.

Siamo all'art. 4 del disegno di legge n. 63. E' stato presentato un emendamento, prot. n. 11980, a firma dei cons. Saurer, Romano ed altri, che recita: l'articolo 4 è sostituito dal seguente:

“Art. 4

(Fondo di copertura previdenziale per non autosufficienti)

1. In attesa di un'organica disciplina statale della copertura previdenziale a favore delle situazioni di non autosufficienza e fatta salva comunque la competenza integrativa della Regione in materia di previdenza e assicurazioni sociali di cui all'articolo 6 del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670, è assegnato annualmente, a partire dall'esercizio 1998, un importo pari a lire 5.000 milioni a ciascuna Provincia autonoma, destinato alla creazione di un Fondo previdenziale che assicuri interventi a favore delle persone non autosufficienti. Tale importo viene liquidato sulla base di un programma di intervento a favore delle persone residenti in Regione e che versino in condizioni di non autosufficienza.”

Prego dare lettura del testo in lingua tedesca.

WILLEIT:

Einrichtung des Fonds für die Pflegeversicherung

1. In Erwartung einer umfassenden staatlichen Regelung für die Pflegeversicherung bleibt die ergänzende Zuständigkeit der Region auf dem Gebiet der Vorsorge und Sozialversicherung gemäß Art. 6 des D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670 aufrecht. Ab dem Finanzjahr 1998 wird jeder autonomen Provinz jährlich ein Betrag von 5.000 Millionen Lire zugewiesen, der für die Schaffung eines Vorsorgefonds bestimmt ist, welcher Maßnahmen zugunsten von pflegebedürftigen Personen gewährleistet. Genannter Betrag wird auf der Grundlage eines Interventionsprogramms zugunsten der in der Region ansässigen, pflegebedürftigen Staatsbürger ausgezahlt.“

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola l'assessore Romano per l'illustrazione.

ROMANO: Grazie signor Presidente. Credo di dovere una spiegazione ai colleghi, che giustamente hanno criticato questo modo di fare. Il mio tentativo, lo vedrete dagli emendamenti, era quello in primo luogo di sciogliere un nodo che si era posto la volta scorsa con l'accantonamento di un articolo, quindi era una perplessità sollevata proprio dalla Presidenza del Consiglio e quindi dopo avere un po' studiato o guardato l'articolo era il tentativo di riportare la norma dei 5 miliardi del fondo dei non autosufficienti nel binario previdenziale, anziché assistenziale. Tutti gli altri articoli sono semplicemente soppressivi di una normativa che era piuttosto articolata sugli studi previdenziali e che

avevo trovato molto critico soprattutto quelli della sinistra. Quindi credevo di avere mediato nel senso di salvare qualche norma di principio e rinviare poi il problema degli studi previdenziali ad una norma successiva.

Quindi se vedere sono emendamenti soppressivi, avete ragione a saltarmi addosso prima di conoscere il contenuto, però era solamente quello di salvare una norma di principio per quanto riguardava gli istituti e lasciare poi a successive leggi al nuovo legislatore la volontà o meno di costituire e poi disciplinare questi istituti. Quindi sono emendamenti soppressivi di una norma più articolata, che voleva forse entrare troppo nel merito degli istituti.

Per quanto riguarda l'art. 4, se vi ricordate, il Presidente la volta scorsa lo accantonò, in quanto poteva prestare il fianco ad una bocciatura, perché conteneva una normativa di carattere assistenziale, cosa che ci è preclusa nella nostra legislazione, ho tentato di semplificarlo, dicendo che è un accordo politico tra le due Province, che mettiamo a disposizione, avendoli, 5 miliardi a ciascuna provincia per interventi di carattere previdenziale a favore di una disciplina, che poi le province ci daranno, per interventi a favore dei non autosufficienti.

Quindi il principio dei 5 miliardi è dato per la creazione di un fondo previdenziale, che poi le province dovranno articolare. Praticamente ho solo cercato di dare una mano salvando il principio dei mezzi da offrire alle province.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Dalbosco, ne ha facoltà.

DALBOSCO: Grazie Presidente. Vediamo che l'assessore Romano mette le mani avanti e questo non gli impedisce di cadere.

Già prima sono intervenuto per questo modo di procedere, assessore Romano, vedo che lei sta facendo ammissione di responsabilità circa questa procedura, credo che lei quindi non avrà difficoltà a riconoscere che è un modo di procedere veramente pressapochista, perché presentare emendamenti negli ultimi tre minuti, quando ha avuto tre settimane e mezzo di tempo, bloccando i lavori di 70 consiglieri regionali per 45 minuti, questo si chiama diletterismo, mi scusi, un'aula è stata bloccata per tre quarti d'ora, poi i cittadini si domandano perché tante volte i Consigli sono improduttivi, ecco una delle spiegazioni: un assessore che ha un mese di tempo arriva all'ultimo momento, così si è espresso il Presidente della Regione.

Prendiamo per il resto atto che ciò che andava bene a metà maggio per la Giunta non va più bene a metà giugno e quindi ben otto articoli cadono improvvisamente, con la speranza probabilmente di accelerare i lavori e portare a buon termine la legge, ma otto articoli decadono con questa piccola postilla, prendiamo atto che sono cambiate le valutazioni della Giunta su questi articoli, in queste settimane. Grazie Presidente.

PRESIDENTE: Ha chiesto di poter intervenire la collega Klotz, ne ha facoltà.

KLOTZ: Wir hatten diesen Artikel und grundsätzlich das Anliegen Pflegeversicherung bereits in der letzten Session andiskutiert. Große Änderung dazu ist das hier nicht und es ergeben sich einige Fragen. Einmal es ist ein Provisorium, das ist klar, aber dann ist es sehr schwach dotiert. Fünf Milliarden pro Jahr pro Provinz. Wenn man davon ausgeht, so wie hier gesagt worden ist, daß 210 Milliarden Lire notwendig wären, dann ist das sicherlich ein Tropfen auf dem heißen Stein. Jetzt ergibt sich aber für mich folgende Frage, Herr Assessor. Sie sagen also es wird jährlich jeder Provinz ein Betrag von 5 Milliarden zugewiesen, der für die Schaffung eines Vorsorgefonds bestimmt ist, welcher Maßnahmen zugunsten von pflegebedürftigen Personen gewährleistet. Genannter Betrag wird auf der Grundlage eines Interventionsprogramms zugunsten der in der Region pflegebedürftigen Staatsbürger ausgezahlt. Sie werden ein Konzept haben, wie dieses Interventionsprogramm ausschauen soll, welche Bedürfnisse Sie damit abdecken wollen. Ich nehme an, daß davon nur einige wenige und dann hoffentlich echte Härtefälle betroffen sind. Aus diesem Grund müssen wir schon wissen, was Sie eigentlich wollen und was Sie eigentlichen meinen.

Einmal, wie definieren Sie die pflegebedürftigen Personen hier nach diesem Artikel, das ist die erste Frage, denn bei einem so kleinen Topf, einer so kleinen Summe, wird es darauf ankommen, wie man das definiert, um eben die schwierigsten Fälle berücksichtigen zu können und um eben dann auch entsprechend effizient arbeiten zu können. Das ist die erste Frage.

Dann die Frage nach dem Interventionsprogramm. Welche Vorstellung haben Sie selbst von diesem Interventionsprogramm, wer soll da berücksichtigt werden und welche Schwerpunkte wollen Sie setzen? Aus dem ursprünglichen Artikel, der die Einrichtung eines entsprechenden Fonds vorgesehen hätte, Vorsorgefonds, mit der Verpflichtung, daß alle in der Region ansässigen Bürger ab dem 1. Jänner 1999 der sozialen Pflegeversicherung beitreten und in den Vorsorgefonds einzahlen, wird leider nichts, wie wir inzwischen auch wissen. Herr Assessor, Sie haben doch die Kontakte zu den zuständigen Stellen, sagen Sie uns bitte, innerhalb welcher Zeit nach Ihrer Einschätzung bzw. nach der Einschätzung der Mehrheit hier in diesem Saal diese Pflegeversicherung, denn das hier ist keine Pflegeversicherung, das ist ein Art Sozialfonds, wird funktionieren können. Wenn wir nicht wollen, daß wir den Bedürfnissen der Realität um Jahre hinterherhinken, dann wird man irgendwann den Mut haben müssen, selber Maßnahmen zu setzen, um einfach etwas in Gang zu bringen, selbst wenn es hier verfassungsrechtliche Bedenken gibt, aber man muß irgendwann einmal den Mut haben, Klartext zu sprechen, Maßnahmen zu setzen. Wenn das Ganze rückverwiesen wird, dann muß man die Ausdauer haben und die Überzeugung weiterzumachen und wenn es sein muß in diesem Staat, der eben in dieser Angelegenheit gemessen an Mitteleuropa so weit zurück ist, bahnbrechend arbeiten, auf allen Ebenen. Ich bin fertig, Herr Präsident, ich erwarte mir hier klare Antworten auf diese Fragen.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Chiodi, ne ha facoltà.

CHIODI: Volevo intervenire su questo art. 4, perché ho ascoltato il collega Romano, quando ha brevemente illustrato il discorso dell'art. 4. Se non vado errato noi possiamo, con il nostro statuto, intervenire in merito a questi argomenti e questo del pacchetto famiglia è sempre stato sull'orlo tra l'assistenza e la previdenza, in un certo modo. Ad un certo punto lei dice che noi diamo 5 miliardi alle Province di Trento e di Bolzano, per quali interventi? come vengono gestiti questi mezzi? Se non vado errato, quando abbiamo fatto la nostra legge sugli anziani, una legge anche molto dibattuta e discussa fra di noi, nel bilancio finale per fare i tipi di interventi della provincia avevamo conteggiato anche questo denaro.

Allora lei viene e fa una proposta con questo tipo di emendamento, noi lo diamo per scontato in provincia di Trento, perché la legge è stata approvata anche dal Governo, però corriamo il rischio che questi 5 miliardi vengono impiegati come assistenza e non come previdenza, perché se lei assessore avesse scritto che questi 5 miliardi servono per il fondo dell'assicurazione di cura, come fanno in Germania e come è stato argomento principale della nostra discussione in aula, mentre noi diamo 5 miliardi alle province, che possono distribuire questi soldi brevi manu, perché la provincia di Trento sa benissimo che questo denaro sarà impiegato, secondo il nostro calcolo, per la legge riguardante le problematiche degli anziani.

Non so cosa farà la provincia di Bolzano di questi 5 miliardi. Assessore Romano stiamo veramente scivolando sull'assistenza, in quanto queste risorse finanziarie non vengono elargite per la previdenza, ma andranno ad integrare altri fondi delle Province e probabilmente di assistenza. Questo articolo non è corretto e può essere impugnato e pertanto provvederò a chiedere le necessarie verifiche, poiché mal si concilia con lo statuto essendo censurabile nel principio, non potendosi operare un intreccio di denaro pubblico, senza una adeguata programmazione e finalità precisa.

Se lei intendeva veramente introdurre una svolta nella legge, con questi 5 miliardi poteva avviare l'assicurazione di cura, anziché distribuirli al vento, non conoscendo nemmeno lei, assessore Romano, la vera destinazione di questi 5 miliardi.

Allora questo articolo non può funzionare, perché la verifica su questo articolo dal Governo gliela faccio fare!

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Zendron, ne ha facoltà.

ZENDRON: Presidente, siamo arrivati, come ogni fine legislatura, ai saldi di fine legislatura. Questa Giunta non è riuscita a fare dei programmi di spesa che effettivamente investissero e cercassero di proporre delle soluzioni strutturali ai problemi e adesso ci chiede di dare i soldi brevi manu agli assessori provinciali che possono tappare qualche falla, come abbiamo sentito l'altra volta dire esplicitamente dall'assessore alla sanità di Trento: 'ho già fatto delle spese e adesso devo recuperare i soldi da qualche parte'.

E' chiaro che preferisco dare 5 miliardi ai lungodegenti piuttosto che darli all'aeroporto o alle strane e misteriose spese di Pahl e del suo assessorato, anche perché non sappiamo come vanno a finire, però dobbiamo dire con molta chiarezza che questo

è un modo terribile di buttare i soldi dei cittadini, perché si continua ad inflazionare di soldi una realtà di necessità sociali, che abbisogna invece di servizi e di interventi strutturali; non si può affermare che non riusciamo ad avviare l'assicurazione di cura, e pertanto elargiamo diversamente questo denaro, è una cosa tremenda.

Quando qui leggo che l'obiettivo devono essere i lungodegenti che versino in condizioni di non autosufficienza, è evidente che viene fatto per quelli che ci sono, c'è una specie di gonfiamento della situazione alle famiglie e non so chi, come avete fatto la legge a Trento, ma anche nella nostra situazione, più un apparente benessere, fondato però su una disponibilità di liquidità che non ci sarà in futuro e quando verrà a mancare chi pagherà questo? Pagheranno le persone che non hanno i servizi, non hanno alcun tipo di struttura con la quale affrontare questo gravissimo problema, che non finisce fra qualche mese dopo le elezioni, quando grazie ai soldi che avete dato avreste preso un pugno di voti in più, no è un problema che si ripresenterà e dubito, vedendo come è stata trattata questa questione nella presente legislatura, che nella prossima si riesca a fare qualche cosa.

E' gravissimo, noi siamo di fronte ad un problema epocale, in cui ci troveremo ad avere le persone senza assistenza, in cui non avremo più questa disponibilità di quattrini enorme e spropositata e voi che non siete riusciti a fare niente su questo, ma se volete mettere 5 mila miliardi per iniziare una base di discussione su questa assicurazione di cura, lì sì che sarebbe ragionevole e sensato, ma dire adesso che è solamente una distribuzione di denaro, è veramente scoraggiante e mettete i consiglieri in una situazione di gravissima difficoltà, perché non possiamo neanche dire di no, perché preferiamo che vadano lì piuttosto che vadano buttati via per fare delle cose dannose, perché questa è la scelta che abbiamo, fra il gonfiare un settore con liquidità, per nascondere la mancanza di interventi veri e che sappiano guardare al futuro e una mancanza totale di progettualità di questa Giunta, che ogni giorno può firmare il proprio fallimento totale e dall'altra parte il fatto che se siamo contro poi lo usate per qualche cosa che neanche sappiamo come va a finire.

Questa è la situazione in cui ci troviamo, penso sia una situazione di vero e proprio fallimento, dovrete vergognarvi di fronte ad una proposta di questo genere.

PRESIDENTE: Ha chiesto di poter intervenire il collega Alessandrini, ne ha facoltà.

ALESSANDRINI: Sulla questione di merito e di sostanza c'è poco da aggiungere rispetto a quanto qui hanno detto i colleghi che mi hanno preceduto. Pongo nuovamente un problema di forma, la proprietà del titolo nella traduzione italiana "Fondo di copertura previdenziale per l'assistenza ai non autosufficienti" e non vorrei che questa stessa espressione invalidasse, di fronte agli organi di controllo, cioè il Governo, la istituzione del fondo in discussione.

Sulla proprietà della traduzione mi pare che il testo tedesco sollevi un problema più acuto, perché mi pare ipocrita indicare nel titolo del testo tedesco "Einrichtung des für die Pflegeversicherung", quando nel testo stesso dell'articolo si parla di "Schaffung eines Vorsorgefonds", quindi non c'è alcuna relazione fra il titolo

dell'articolo, che ha probabilmente una finalità di nascondere la sostanza delle reali possibilità di intervento che si vogliono operare dopo che è stata abbandonata la prospettiva sostanziale della Pflegeversicherung e quindi sollevo dal punto di vista formale un problema di coerenza fra il titolo dell'articolo ed il contenuto stesso. Questo stride soprattutto nella traduzione tedesca e quindi tanto pongo dal punto di vista formale anche all'attenzione della Presidenza del Consiglio.

PRESIDENTE: Ha chiesto di poter intervenire il collega Saurer, ne ha facoltà.

SAURER: Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich auf die Wortmeldung des Kollegen Alessandrini beziehen. Was den italienischen Text anbelangt, finde ich es für zweckmäßig, das Wort „assistenza“ herauszustreichen und was den deutschen Text anbelangt, glaube ich, daß es auch vernünftig ist, im Titel von der Schaffung eines Vorsorgefonds zu sprechen, um eine bestimmte Kohärenz einzuhalten. Ich möchte auch zu den Fragen Stellung nehmen, die immer wieder gestellt worden sind, ja wo ist das Institut geblieben und wo ist die Pflegeversicherung geblieben. Dazu ist schon zu bemerken, daß wir uns sehr bemüht haben, dem Staat einen Versuch nahezulegen, wo dann einige Erfahrung hätte gemacht werden können, daß das aber nicht möglich ist. Sei es die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeber sind hier nicht eingestiegen und infolgedessen hat man sich damals geeinigt, daß man wartet was der Staat unternimmt. Wer die Entwicklung der Staatsgesetzgebung jetzt verfolgt weiß, daß im Rahmengesetz für das Soziale die Schaffung eines solchen Fonds enthalten ist, aber die Dinge müssen sich noch entwickeln und wir können uns dann wesentlich leichter, wie wir es beim Zusatzrentenfonds getan haben, an diese staatlichen Grundsätze anhängen, weil ja immer gesagt worden ist: Ihr habt ja nicht die Kompetenz, die ihr glaubt euch da herauszunehmen. Deshalb muß ich noch einmal betonen, daß es nicht Mangel an politischem Mut ist, sondern die Einsicht, daß es vernünftig ist, dieses Staatsgesetz abzuwarten. Die entsprechenden Entwürfe beinhalten Fonds in diese Richtung und man muß auch wissen, was die neue Steuergesetzgebung an Mitteln uns bringt und es somit eine vernünftige Haltung ist, diese beiden Sachen abzuwarten. Das haben wir einige Male betont, aber immer wird das gleiche gesagt, nämlich ihr habt diesen Fonds nicht durchbekommen. Der Grund ist ein einsichtiger und ich möchte haben, daß die Kollegen diesen Grund zur Kenntnis nehmen.

PRESIDENTE: Ha chiesto di poter intervenire il cons. Gasperotti, ne ha facoltà.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. La proposta di emendamento presentata dalla Giunta, mi torva d'accordo per quanto riguarda la presenza delle due Province nel sostenere e garantire ai cittadini in maniera uguale l'assistenza anche nel caso vi fossero condizioni di non autosufficienza, ma questo è contenuto nella Costituzione, non c'è scritto nel nostro statuto o per scelta politica, la costituzione dice che si garantisce al cittadino.

Qui non si vuole ammetterlo, ma di fatto è come dire che i tre soggetti che dovevano intervenire, secondo un progetto che è quello dell'assicurazione "investimento assicurativo" sulle questioni legate all'autosufficienza, i tre soggetti interessati dovevano essere i datori di lavoro, i lavoratori e l'ente pubblico, per me c'è solo un soggetto che deve garantire questo, che è l'ente pubblico.

La Costituzione non è stata cambiata, come voi sapete, la Bicamerale ha chiuso i suoi battenti mettendo fine a questo giro di contenitori di desideri di chi voleva stralciare anche la prima parte della Costituzione, non è stata realizzata, sarebbe stato un risultato sicuramente nefasto per quanto riguarda la popolazione, perché la mancanza del diritto, laddove c'è bisogno e sofferenza, dà anche la qualità ed il tipo di civiltà che un popolo ci disegna.

Quindi tre soggetti non si sono stati e deve rimanere comunque il pubblico a garantire questa iniziativa, questa spesa. La Regione non può intervenire per quanto riguarda la questione assistenziale, ma può intervenire per quanto riguarda l'aspetto previdenziale, sarebbe come dire: 'posso assicurare' e allora assicuro le due province, perché sono anch'io un soggetto istituzionale, Regione, di partecipare alla spesa attraverso l'istituzione di un fondo, che doveva poi essere costituito a livello provinciale e del quale le Province si sono effettivamente dotate, ma si dovrà ammettere che si tratta di un fondo per l'assistenza.

Allora a che gioco si gioca? Si fa più confusione che chiarezza, a me interessa concretamente che l'intervento economico vada a soddisfare il bisogno, che è gestito dalla Provincia, il bisogno dell'anziano non autosufficiente e con questo supero tutta l'altra parte, che è quella dedicata al desiderio di istituire un fondo di previdenza, come si diceva poc'anzi ed il collega Alessandrini ha chiarito.

Questa parte verrà portata avanti in tempi diversi, per adesso a me interessa che ci sia un intervento di riconoscimento da parte della Regione, di quella necessità di elevare la qualità di assistenza, o comunque di presenza del pubblico laddove ci sono condizioni di non autosufficienza. Questa legge regionale ha una serie di soluzioni, le Province hanno operativamente le capacità e le possibilità di intervenire in maniera diretta, soprattutto per garantire al cittadino quel livello di qualità che è indispensabile per definirci civilmente avanzati.

Questo chiedo all'aula con l'emendamento proposto, di elevare la cifra da 5 a 10 miliardi mira quell'obiettivo, perché è un intervento straordinario e si conclude con questa iniziativa, non impegna in futuro, il futuro deciderà la prossima assemblea legislativa cosa fare, ma certo che il discorso minimale per garantire le due Province è una cifra pari a 10 miliardi.

Per la parte che riguarda la previdenza si deciderà la prossima legislatura, perché in questa penso non si arrivi, anche perché le parti interessate non troveranno, come sembra, l'accordo.

Concludo Presidente, invitando i colleghi a sostenere questo emendamento di elevare la cifra 10 miliardi, perché ritengo che nella spesa complessiva, che è la materia assistenziale e laddove si parla di non autosufficienti, come voi sapete gli

investimenti devono essere molti, diversificati ed in maniera adeguata al bisogno. Grazie.

PRESIDENTE: Informo l'aula che è stato presentato un subemendamento, a firma dei cons. Gasperotti ed altri, dove viene modificata la cifra da 5 mila milioni a 10 mila milioni.

Per procedere in maniera ordinata direi di dare lettura e trattare questo emendamento proposto dai cons. Gasperotti ed altri.

Il subemendamento recita: "la cifra 5 mila milioni è sostituita dalla cifra 10 mila milioni".

Prego dare lettura del subemendamento in lingua tedesca.

WILLEIT: Die Zahl 5000 Millionen wird ersetzt mit der Zahl 10.000 Millionen.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola la cons. Kury, ne ha facoltà.

KURY: Ich möchte gerne meine Stellungnahme abgeben, einerseits zum Abänderungsantrag, den ich mitunterzeichnet habe, aber auch vor allem zum Artikel 4 und dabei Bezug nehmen auf die Wortmeldung des Landesrates Saurer.

Es ist glaube ich korrekt, was Landesrat Saurer gesagt hat, vorgeschlagen hat, nämlich daß man im Titel des Artikels 4 das Wort Pflegeversicherung streichen muß zugunsten des Wortes Vorsorgefonds. Das ist korrekt und damit wird aber auch klar, was denn aus der gesamten Problematik Pflegeversicherung geworden ist und hier sollte man sich nichts in die Tasche lügen. Es ist falsch, wenn man diesen Artikel überschreibt mit dem Titel „Einrichtung eines Fonds für die Pflegeversicherung“, weil die Pflegeversicherung kommt dann ganz einfach im Artikel selber nicht mehr vor. Es geht jetzt eigentlich ganz einfach nur darum, zu fragen, auf welchen Fonds kommen die 5 Milliarden bzw. die 10 Milliarden wie es jetzt vom Kollegen Gasperotti vorgeschlagen worden ist und was ist damit zu tun. Mit Pflegeversicherung hat das nichts zu tun und das muß man glaube ich in aller Deutlichkeit sagen.

Nun, ich bedauere, daß die Pflegeversicherung zu diesem Zeitpunkt gestorben ist. Ich nehme jetzt auch wieder Bezug auf die Wortmeldung des Landesrates Saurer, auf die Begründung, die er angegeben hat. Ich verstehe einerseits, daß es wichtig ist zu wissen, was in der Steuergesetzgebung auf nationaler Ebene vorgesehen ist, nämlich die Frage, wieviel Gelder die IRAP bringen wird, das verstehe ich. Aber man möge, Landesrat Saurer, bitte nicht so tun, als ob die Unwissenheit darüber der Knackpunkt wäre, daß die Pflegeversicherung gestorben ist. Das ist nicht wahr. Wir wissen genau - und Herr Landesrat Saurer wahrscheinlich noch besser als wir -, warum die Pflegeversicherung nicht durchzusetzen war. Er hat es auch vorher gesagt, da ist einerseits das „Nein“ der Gewerkschaften gewesen und andererseits das „Nein“ der Sozialpartner, nämlich von seiten der Unternehmer, von wo ein klares „Nein“ gekommen ist. Nun denke ich sehr wohl, daß mit den Gewerkschaften zu verhandeln gewesen wäre. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Gewerkschaften einer so großen

sozialen Herausforderung für die Zukunft blind gegenüberstehen. Hier wäre nur eine Frage der Verhandlungskultur zu klären gewesen denke ich und man wäre zu einer Einigung gekommen.

Wo es wahrscheinlich zu keiner Einigung gekommen wäre oder wo es leider Gottes zu keiner gekommen ist, ist die Haltung der Sozialpartner, weil man sich auf politischer Ebene ganz einfach mit einem „Nein“ von dieser Seite zufrieden gegeben hat, die Unternehmer ganz einfach in Südtirol sagen können, wir wollen zwar weiterhin in den Genuß eurer großzügigen Wirtschaftsförderung kommen, aber bitte kommt uns da nicht auch mit eurer Bitte, daß wir dann auch für soziale Anliegen Verantwortung tragen. Auf diesem Ohr sind wir taub. Das glaube ich muß man auch sagen und wenn dann die Politik in Südtirol aufgrund dieses kategorischen „Neins“ ganz einfach sagt, da ist nichts zu machen - und ich möchte da nicht einen Vorwurf an den Landesrat Saurer richten, sondern einen Vorwurf an die SVP, daß sie ganz einfach da nachgibt und nicht mehr politisch das durchsetzt, was wahrscheinlich rationell alle von uns erkannt haben, daß es wichtig wäre, denn das ist eigentlich eine Katastrophe in der Politik. Darauf würde ich Wert legen.

Nun die Geschichte mit den 5 Milliarden oder 10 Milliarden für pflegebedürftige Personen. Ich bin zwar der Meinung und ich schließe mich hier der Meinung meiner Vorrednerinnen an, daß es zwar nicht unbedingt sehr langfristig zielführend ist, wenn wir einfach Gelder ausschütten, aber offensichtlich hat die Region Gelder zur Verfügung. Ich beziehe mich auf die Vorschläge, die gestern im Nachtragshaushalt der Region gestanden haben, wo man für Flughafen und weiß Gott noch alles Gelder zur Verfügung hat. In dieser Situation ziehe ich es ganz einfach vor, daß Gelder dort eingesetzt werden, wo die soziale Not da ist und insofern mein Ja zur Aufstockung dieses Fonds. Es ist im Grund ja keine Aufstockung, meine Damen und Herren, sondern im Grunde ist es ja nur ein Wiedergutmachen der Kürzungen, die von Monat zu Monat in diesem Saal passiert sind. Ich erinnere daran, daß im ursprünglichen Gesetzentwurf 10 Milliarden für das Jahr 97 und 10 Milliarden für das Jahr 98 vorgesehen wurden. Das war der ursprüngliche Ausgangspunkt und dann, siehe da, hat man halt wieder, wie es üblich ist, hier Kürzungen angebracht und plötzlich sind es nur mehr 5 Milliarden für ein Jahr geworden. Insofern mein „Ja“ zum Antrag von Gasperotti.

PRESIDENTE: Ha chiesto di poter intervenire la cons. Conci-Vicini, ne ha facoltà.

CONCI-VICINI: Grazie Presidente. Credo di dover intervenire proprio per riportare la questione a tutta una serie di riflessioni che abbiamo fatto insieme agli assessori Saurer e Romano, nel momento in cui abbiamo riesaminato complessivamente il pacchetto famiglia proprio perché questo pacchetto, che viene ordinato da un punto di vista complessivo di organicità normativa dalla Regione, ha poi una sua gestione da parte delle Province, quindi è stato necessario questo lavoro di insieme.

Credo che sotto questo articolo 4, che è stato presentato, non ci sia, come diceva il collega Alessandrini, la finalità di nascondere la sostanza, ma credo ci sia

invece la volontà di dar vita ad un primo momento di creazione di questo fondo previdenziale, che dovrebbe rispondere alla situazione di non autosufficienza delle persone, che sta creando grossi problemi all'interno delle nostre due province, in Trentino, ma credo che i dati siano relativi anche a quelli dell'Alto Adige, abbiamo davvero una situazione che vede una crescita esponenziale giornaliera di persone che arrivano a livelli di vita sempre più lunghi, ma anche a livelli che devono garantire una qualità buona della vita e l'allungarsi della vita non sempre è accompagnato dalla salute, ma spesso da gradi diversi di non autosufficienza, peraltro verificato sui 4 mila ospiti delle case di riposo, che in certe realtà supera il 90% delle presenze.

Questa situazione deve porci come amministratori degli interrogativi che attendono risposte. Una prima l'abbiamo data, riprendo l'intervento di Wanda Chiodi all'interno dell'ultima legge che il Consiglio provinciale di Trento ha licenziato rispetto agli interventi a favore degli anziani, delle persone non autosufficienti o con gravi disabilità e lì abbiamo previsto di intervenire il più possibile per poter mantenere gli anziani nell'ambito delle loro famiglie e dei rapporti di vicinanza che hanno sempre accompagnato la loro vita e quindi abbiamo messo questa possibilità di un contributo alle famiglie, che decidono di tenere in casa gli anziani non autosufficienti e di curarli.

Questa è altra cosa, rispetto a questo contributo, perché qui davvero, in attesa che lo Stato regolamenti da un punto di vista complessivo rispetto alla legislazione nazionale, questo discorso per la previdenza per non autosufficienti, abbiamo voluto dare un segnale, che va nel senso della creazione di un fondo, che poi dovrà essere regolamentato e quindi c'è dentro tutto lo spazio di cui parlava la collega Kury adesso, quindi di ripresa di una contrattazione anche con i sindacati, con i datori di lavoro, con tutte quelle forze politiche e sociali che devono permetterci di arrivare davvero a portare in porto questo fondo per non autosufficienti, ma questo vuol essere un primo segnale di creazione di questo fondo, che dovrà poi essere incrementato, ma soprattutto regolamentato, che dovrà trovare poi una sua corrispondenza anche nelle norme, che a livello nazionale verranno emanate.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Morandini, ne ha facoltà.

MORANDINI: Grazie Presidente. Ci siamo già intrattenuti, signor Presidente, su questa norma la volta scorsa ed abbiamo convintamente ribadito la necessità di una norma di questo tipo, in questa fase, che può assumere la natura, se vogliamo chiamarla con il termine esatto, di norma transitoria e che peraltro è assolutamente necessaria.

Per quanto riguarda un dato formale, penso possa essere opportunamente riveduta, nel senso che indicava prima il consigliere assessore Saurer, ma non è un dato formale che vorrei sottolineare. Faccio presente che anche recentemente è stato verificato come a livello nazionale la legislazione su questo versante, a suo tempo annunciata in termini piuttosto urgenti, stenti a decollare. Allora, visto che ne abbiamo la possibilità, sul versante regionale quanto a finanziamento ed anche quanto a competenza, per quello che ci riguarda, è urgente che la Regione, la quale sovente

dirotta le sue finanze in settori in cui potrebbe fare benissimo a meno, devolva alle Province autonome, su un settore così vitale, un primo cospice di contributi finanziari.

Nello stesso tempo non è vero, come qualcuno ha detto, che questo intervento finanziario deve essere disciplinato, è necessario una programmazione per devolverlo, eccetera, perché la norma parla chiaro nel senso che questa devoluzione è di fatto e giuridicamente vincolata al suo utilizzo per la costituzione di un fondo previdenziale, che assicuri interventi alle persone non autosufficienti.

Allora è corretto intanto partire in questo modo, attendendo, speriamo che arrivi, anche se su questo versante ho delle perplessità, che arrivi tempestivamente, la legislazione nazionale, in particolare quella tributaria che, se dovesse capitare farà girare alle Casse regionali e provinciali circa 200 miliardi, in modo particolare ricavati dai proventi dell'IRAP, ma questo sarà questione di dopo, per intanto è bene che le Province autonome possano utilizzare e godere questo intervento finanziario, perché il problema dei non autosufficienti è sempre più grave.

Mi rendo conto che nel concreto, domani, per dar vita a questo fondo previdenziale ci vorrà un confronto fra le parti sociali ed i datori di lavoro, che sicuramente, dalle premesse che ci sono state, non sarà facile, ma ciò non toglie al fatto che oggi si possa mettere in campo un intervento che si rappresenta per la sua necessità e per la sua urgenza ed in questo senso penso che la dotazione finanziaria dei 5 miliardi possa essere un primo passo estremamente positivo.

Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz **Assume la Presidenza il Presidente Peterlini**

PRÄSIDENT: Danke, Herr Abgeordneter. Der nächst Redner ist der Abg. Benedetti. Er hat das Wort...Danke. Dann stimmen wir über den Abänderungsantrag ab. Möchten Sie replizieren, Francesco Romano? Bitte sehr, Herr Assessor.

ROMANO: Presidente, intervengo sull'emendamento Gasperotti, in merito al quale ho fatto delle verifiche. Forse c'è stato un lapsus del collega Gasperotti quando parlava di intervento una tantum, qui si tratta di 5 miliardi all'anno, in attesa di una disciplina statale, che tarda a venire, pertanto i mezzi destinati esclusivamente a questa tipologia di interventi, sono a disposizione e per l'anno 1998 in bilancio non abbiamo gli stanziamenti, quindi al momento si possono lasciare le cose come stanno e di prevedere il fondo necessario dal duemila in poi, perché per quest'anno la disponibilità economica, dato che manca metà anno, non c'è, quindi stando così le cose sono contrario all'emendamento Gasperotti, pur affermando che probabilmente nei prossimi bilanci si potrà provvedervi, ma al momento la situazione deve purtroppo rimanere quella attuale.

PRÄSIDENT: Danke schön, dann stimmen wir jetzt darüber ab. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, möge bitte zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben. Neun. Wer stimmt dagegen? Das ist die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? Acht Ja-Stimmen, sechs Enthaltungen, der Rest Nein-Stimmen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann haben wir zum Hauptantrag 4 diese formelle Korrektur, auch im deutschen Text, daß das Wort „assistenza“ gestrichen wird. Sind Widersprüche dazu. Im deutschen Text wird es: Einrichtung des Vorsorgefonds für die Pflegeversicherung. Vorsorge ist der richtige Ausdruck. Ich lese immer wieder Fürsorge, auch in Artikeln und Gesetzen usw. Bitte, die Kompetenz der Region im Bereich der Pensionen und Sozialversicherung heißt Vorsorge. Das geht gut und ist kompetenzmäßig in Ordnung. Das geht gut. Im italienischen Text heißt es: „Fondo di copertura previdenziale“. Perfetto. ...per non autosufficienti, ohne das Wort „assistenza“. Bitte Frau Abg. Klotz.

KLOTZ: Ich habe genau hingehört, was der Assessor Romano bisher gesagt hat, aber auf die wesentlichen Fragen ist er nicht eingegangen, nämlich ob man ein Konzept hat. Einmal welche pflegebedürftigen Personen aus diesem Fonds unterstützt werden sollen, also man muß ja, wenn man eine bestimmte Summe vorsieht, ein Konzept haben. Welche Fälle kann man damit abdecken und welche Programme. Es steht hier einfach auf der Grundlage eines Interventionsprogramms. Wer erstellt das Interventionsprogramm?. Was sieht dieses Interventionsprogramm vor? Ich sehe mich außerstande, hier bei diesem Artikel mitzustimmen, ohne zu wissen wofür ich eigentlich stimmen soll. Ein Ahnung wird man wohl haben, man wird sich wohl vorher Gedanken gemacht haben. Bitte sagt uns hier, was ihr damit vor habt.

PRÄSIDENT: Danke. Ich wollte nur vorher den Titel unter Dach und Fach kriegen. Der Titel geht also in Ordnung, so wie wir ihn korrigiert haben. Im deutschen Text heißt Artikel 4: „Einrichtung des Vorsorgefonds für die Pflegeversicherung“ und im italienischen Text: „Fondo di copertura previdenziale per non autosufficienti“. Ich sehe keine Widersprüche, dann gilt der Titel als genehmigt. Bitte Fragen. Zum Titel zuerst. Anche Taverna sul titolo? No, allora un attimo di pazienza. Bitte schön Frau Abgeordnete.

KURY: Zum Titel noch einmal. Ich hatte vorher den Landesrat Saurer so verstanden, daß das Wort „Pflegeversicherung“ im Titel nicht mehr vorkommt und daß man sagt: Einrichtung eines Fonds zur Vorsorge - oder auch Vorsorgefonds - weil im italienischen „copertura previdenziale“ ja nichts mit Pflegeversicherung zu tun hat, das ist etwas anderes. Ich hatte ihn so verstanden und hatte auch in meinem Beitrag dazu Stellung genommen, das ich das richtig finde. Nun habe ich jetzt aber vom Präsidenten gehört, daß das Wort „Pflegeversicherung“ weiterhin vorkommen soll. Ich glaube, das ist nicht korrekt. Würden Sie auch den Landesrat Saurer dazu Stellung nehmen lassen.

PRÄSIDENT: Frau Abg. Kury, in diesem Fall geht es um eine inhaltliche Änderung, dann müßte ich Sie bitten, zu beantragen, daß das Wort Pflegeversicherung gestrichen wird, dann stimmen wir darüber ab. Sonst kann ich den Titel nicht so als akzeptiert hinnehmen. Es gibt also Widerspruch. Ich warte also ab, wir reden inzwischen über den Artikel und dann bringe ich Ihren Antrag zum Titel zur Abstimmung. Wir reden

inzwischen über den Artikel, um keine Zeit zu verlieren. Claudio Taverna sull'articolo prego.

TAVERNA: Grazie, signor Presidente. Dopo aver apprezzato il tentativo bizantino del collega Alessandrini per una sorta di pulizia del titolo dell'art. 4, sono costretto a fare un breve intervento, per motivare un no deciso, chiaro a questo articolo, perché non è possibile, seppur nel marasma generale, che ormai ha preso il cuore e la mente di quest'aula e dove è difficile seguire con un minimo di razionalità, di logica e di conoscenza le norme che ci vengono proposte all'attenzione.

Non ho alcun dubbio nel ritenere questa una norma contro lo spirito, contro lo statuto, contro la stessa Regione, perché questa norma significa attribuire alle Province 5 miliardi cadauna. Il fatto che noi andiamo a modificare il titolo e laddove prima si diceva: "Fondo di copertura previdenziale per assistenza ai non autosufficienti" e nel titolo non compare più l'assistenza ai non autosufficienti, tutti sappiamo che in effetti questo articolo è diretto a costituire un fondo presso le Province per l'assistenza ai non autosufficienti.

Signor assessore Romano, con quale pudore lei ci propone una norma di siffatta natura, perché o è convinto che coloro che ha di fronte siano degli sprovveduti, siano persone distratte, persone che non sono nella condizione di saper leggere e scrivere, ma arrivare a questo punto di ipocrisia e di impudenza, assessore Romano, francamente non me lo sarei aspettato per la serietà che dovrebbe sorreggerci nel votare norme di siffatta natura. Questo è un contributo dato alle Province per l'assistenza ai non autosufficienti, questo è in verità, perché a che cosa voi dopo potete e come potete vincolare questi 5 miliardi, quando sono devoluti, erogati a favore della Provincia, come li potete destinare, voi fate soltanto un'operazione finanziaria, date un contributo di 5 miliardi alle due Province, questa è la verità.

La collega Chiodi ha detto che l'assessore Conci li ha già messi in cassa e nelle previsioni di spesa, nella Provincia di Trento questa è un'operazione volgare e di malaffare ed uso questi vocaboli non perché in questo momento sia andato fuori di testa, è un'operazione volgare e di malaffare, che contravviene la norma, lo spirito, il dato giuridico, le competenze, perché voi ormai siete al di fuori ed al di sopra del bene e del male, non siete nemmeno capaci di essere nella condizione di avere una coscienza, siete privi di coscienza, siete degli amministratori incoscienti.

Allora proprio per queste semplici, ma al tempo stesso credo non ipocrite affermazioni, sta il nostro profondo dissenso e quindi voteremo contro questa norma, che è una norma truffaldina.

PRÄSIDENT: Ist eine Einigung getroffen worden? Ja wenn es eine Einigung gibt, dann können wir...Wer schließt sich dem Antrag um geheime Abstimmung an, der Vorrang hat in diesem Falle? Es braucht fünf Abgeordnete. Chi è a favore? Votazione segreta. Niemand? Damit ist dem Antrag, der Vorrang hat - es tut mit leid - stattgegeben. Es wird geheim abgestimmt über den gesamten Artikel, einschließlich der Überschrift, die wir jetzt schriftlich formuliert mit einem Abänderungsantrag Saurer, Kury, eine ganze

Reihe von Namen, ich kann sie nicht lesen, Pinter, Achmüller, Zendron, Gasperotti, Bolzonello, Denicolò usw. vorliegen haben. Also die Überschrift lautet jetzt: „Errichtung eines Vorsorgefonds für die Pflegebedürftigen“. „Fondo di copertura previdenziale per non autosufficienti“. Damit stimmt es auch schön überein. Damit stimmen wir jetzt über den gesamten Artikel einschließlich der neuen Überschrift ab. Prego distribuire le schede. Bitte die Stimmzettel verteilen. Wir stimmen ab über den Artikel 4, einschließlich Überschrift. Articolo 4, incluso il titolo. Änderung Saurer und andere. Errichtung des Vorsorgefonds für Pflegebedürftige. Wenn alle den Stimmzettel haben, beginnen wir mit dem Aufruf. Bitte schön Abg. Denicolò.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	52
Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	20
weiße Stimmzettel:	3

Damit ist dieser Abänderungsartikel 4 genehmigt.

Es ist jetzt 13.00 Uhr. Wir sehen uns wieder um 15.00 Uhr für die Fortsetzung der Arbeiten. Nachdem nur mehr wenige Artikel sind hoffe ich, daß wir, auch wenn wir ein bißchen überziehen, abschließen können mit diesem Familienpaket. Danke. Einen guten Appetit.

(ore 13.00)

(ore 15.15)

Vorsitz Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Wir setzen jetzt die Debatte fort, und zwar kommen wir zum Artikel 13, neu eingebracht vom Ausschuß:

„Art. 13
Delega di funzioni amministrative

1. Con decorrenza dalla data di entrata in vigore della presente legge, le funzioni amministrative concernenti la realizzazione degli interventi previdenziali previsti nella stessa, nonché gli interventi previsti dalla legge regionale 9 agosto 1957, n. 15 a favore degli enti di patronato, dalla legge regionale 11 settembre 1961, n. 8 in materia di assicurazione obbligatoria contro la silicosi e l'asbestosi, dalla legge regionale 11 novembre 1971, n. 42 in materia di indennità per inabilità a favore dei coltivatori diretti, dalla legge regionale 2 gennaio 1976, n. 1 in materia di sordità da rumore, dalla legge regionale 9 ottobre 1976, n. 14 in materia di riscatto di lavoro all'estero, dalla legge regionale 14 agosto 1971, n. 29 a favore dei superstiti di coltivatori diretti, con le successive modificazioni ed integrazioni, sono delegate alle Province autonome di Trento e di Bolzano.

2. Per l'esercizio delle funzioni amministrative delegate con la presente legge, si applicano le disposizioni di cui agli articoli 2 e 4 della legge regionale 24 maggio 1992, n. 4, concernente „Interventi in materia di previdenza integrativa“.

DENICOLÒ:

„Art. 13

Übertragung von Verwaltungsbefugnissen

1. Ab Inkrafttreten dieses Gesetzes werden die Verwaltungsbefugnisse betreffend die Durchführung der darin vorgesehenen Vorsorgemaßnahmen sowie die Maßnahmen, die mit Regionalgesetz vom 9. August 1957, Nr. 15 zugunsten der Patronate, mit Regionalgesetz vom 11. September 1961, Nr. 8 auf dem Gebiet der Pflichtversicherung gegen Silikose und Asbestose, mit Regionalgesetz vom 11. November 1971, Nr. 22 auf dem Gebiet der Entschädigung für Arbeitsunfähigkeit von Bauern, mit Regionalgesetz vom 2. Jänner 1976, Nr. 1 auf dem Gebiet der berufsbedingten Taubheit, mit Regionalgesetz vom 9. Oktober 1976, Nr. 14 auf dem Gebiet der Nachholbeiträge für die im Ausland geleistete Arbeit, mit Regionalgesetz vom 14. August 1971, Nr. 29 für Hinterbliebene von Bauern, in geltender Fassung, vorgesehen sind, auf die autonomen Provinzen Trient und Bozen übertragen.

2. Zur Ausübung der mit diesem Gesetz übertragenen Verwaltungsbefugnisse werden die Bestimmungen gemäß Art. 2 und 4 des RG vom 24. Mai 1992, Nr. 4 über: „Maßnahmen auf dem Sachgebiet der Ergänzungsvorsorge“ angewandt.

PRÄSIDENT: Danke. Wir eröffnen die Debatte zu diesem neuen Artikel 13. Francesco Romano per l'illustrazione, prego.

ROMANO: Questa proposta di delega di funzioni, in pratica completa il quadro di deleghe che già praticamente è stato attuato con le leggi del 1992-93-94 del pacchetto famiglia. Voi sapete che tutta la normativa in materia di previdenza integrativa ormai è gestita dalle Province, a Trento c'è l'agenzia per la previdenza integrativa, a Bolzano c'è un apposito servizio e noi lo prevedemmo già con le leggi del 1992 e 1993. Rimangono alcuni adempimenti, di carattere assolutamente residuale, qualche riscatto di lavoro

all'estero all'anno, qualche pagamento di sordità da rumore per surroga INAIL e altri piccolissimi adempimenti, qualche pensione ai superstiti di coltivatori diretti, che ancora gestisce praticamente la Regione, d'intesa con le Province, anche per snellire e semplificare le modalità operative, visto che già la maggior parte della previdenza integrativa viene gestita a livello provinciale, noi desideriamo passare questi adempimenti, del tutto residuali, anche alle Province autonome, che tramite l'agenzia o altro assicurano un ottimo servizio al cittadino.

Quindi si tratta di assorbire quelle pochissime competenze che la Regione richiede all'organizzazione personale e spese alle strutture provinciali, che già gestiscono quasi il 99% della previdenza integrativa. Quindi si tratta di passare queste piccole cose operative di queste leggi per la maggior parte non più attuali alle Province, come abbiamo fatto nel 1992 per la maggior parte del pacchetto famiglia.

PRÄSIDENT: Damit kommen wir zur Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich Alfons Benedikter. Bitte schön.

BENEDIKTER: Ich wollte in erster Linie wissen, worin diese Befugnisse bestehen, wo es heißt, daß zur Ausübung der Verwaltungsbefugnisse die Art. 2 und 4 des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992 Nr. 4 angewendet werden...Bitte Herr Präsident, so kann man doch nicht arbeiten. Im Art. 2 des Gesetzes von 1992 steht, daß die autonomen Provinzen von Trient und Bozen mit eigenem Gesetzgebungsakt und Durchführungsverordnung eben alles was die Ausübung der delegierten Befugnisse betrifft regeln. Also es wird ihnen nicht nur die Verwaltung übertragen, sondern die autonomen Provinzen sorgen dafür, mit eigener Gesetzgebung und mit Durchführungsverordnung, alles zu regeln, was die Ausübung der delegierten Befugnisse betrifft. Es heißt ja, die Durchführungsverordnung - steht ja im Autonomiestatut - zu den Gesetzen der Region macht der Regionalausschuß. Die Durchführungsverordnung zu den Gesetzen der Provinzen machen die Landesausschüsse, aber das kann nicht übertragen werden mit Regionalgesetz auf die Provinzen.. Das ist sicher, das wäre ganz gegen den Wortlaut des Autonomiestatutes und auch gegen jegliche Logik der Autonomiestruktur. Die Gesetze macht die jeweilige gesetzgebende Körperschaft und die Durchführungsverordnung zu den Gesetzen macht in diesem Falle die Region und können nicht die Provinzen machen. Die Durchführungsverordnung macht die jeweilige Regierung, das jeweilige Exekutivorgan der gesetzgebenden Körperschaft und das kann nicht übertragen werden auf ein anderes Exekutivorgan, auf das zwar die Verwaltung übertragen werden kann, aber nicht wie gesagt der Erlaß von Durchführungsverordnungen. Darüber möchte ich also Klarheit haben.

PRÄSIDENT: Danke, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Moment. Landesrat Saurer? Bitte schön.

SAURER: Ich möchte den Kollegen Benedikter schon darauf hinweisen, daß sich jedes Land organisieren kann so wie es meint, um diese delegierten Kompetenzen wahrzunehmen und da gibt es x Landesgesetze, beginnend von der Sanität bis hin zu anderen Bereichen, die die Organisation und Organisationsstrukturen festlegen, wie das einzelne Land die Durchführung dann regelt. Ich glaube nicht, daß der Regionalrat in die Organisationskompetenzen der Länder eingreifen kann. Hier ist jedes Land autonom, in welcher Weise das Land die Organisation dann ausrichtet und da gibt es eine ganze Reihe von Präzedenzfällen und wir haben es auch bei den letzten Gesetzen so gehandhabt. In Trient ist eine eigene Agentur, bei uns hier ist eine eigene Abteilung, die diese Maßnahmen wahrnimmt.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Bolzonello. Prego consigliere.

BOLZONELLO: Grazie Presidente. L'assessore Romano ha liquidato piuttosto semplicisticamente la spiegazione di questo articolo, che invece credo sia molto importante, perché non si tratta di delegare il rimanente 10% di quanto ormai resta alla Regione in materia di assistenza e previdenza alle due Province, si tratta invece di cedere alle due Province delle competenze che oggi non hanno e che secondo me nemmeno alle Province spetterebbero in base allo Statuto di autonomia.

Non sono nemmeno di secondaria importanza quello che lei vorrebbe assegnare alle due Province, assessore, perché la legge che regola gli enti di patronato, quella in materia di assicurazione obbligatoria contro la silicosi o quella in materia di sordità da rumore o addirittura quella in materia di scambio di lavoro all'estero, non sono cose di secondaria importanza, forse numericamente non sono così rilevanti, ma credo non siano competenze di secondaria importanza.

Vorrei ricordare brevemente che cosa vuol dire previdenza integrativa, al di là degli interventi in materia di interventi a sostegno della famiglia, assicurazione pensionistica contro la disoccupazione, infortunio e malattia, poche di quegli obiettivi da lei indicati in questo emendamento rientrano allo stato attuale nel quadro normativo del cosiddetto pacchetto famiglia, anche intendendolo in maniera piuttosto estesa.

Credo che questo sia uno scivolone della Regione, perché delegare con un emendamento delle competenze che secondo me non sono di secondaria importanza, alle due Province, vuole ancora una volta far significare che tutto sommato la Regione anche in questo caso vada ad abdicare.

Assessore, non posso condividere questa scelta, è una scelta di ordine politico, non tanto di ordine pratico, perché alla Regione la gestione del 10% significa dispendio di personale o quant'altro, quanto piuttosto mi pare che anche in questo caso la Regione rinunci a gestire qualcosa che invece avrebbe la difficoltà, sulla base della normativa e delle disposizioni statutarie esistenti, avrebbe il dovere di gestire in proprio, tant'è che lo ha fatto fino ad oggi. E' una scelta di ordine più politico che pratico, a mio modo di vedere ed io non la posso condividere.

PRÄSIDENT: Alfons Benedikter bitte, zum zweiten Mal.

BENEDIKTER: Herr Präsident, neben mir wird so laut gesprochen, daß es wirklich keinen Sinn hat.

Der Abg. Saurer hat geantwortet und hat so getan als ob er mich nicht verstanden hätte, denn er weiß genau, daß es mir nicht darum geht und daß ich selber schon Bescheid weiß, daß die Provinzen befugt sind, die Organisation für die Ausübung der delegierten Befugnisse mit Gesetz zu regeln. Die Organisation und selbstverständlich dann auch das Personal. Das ist klar und das war immer so, aber ich habe ja die Frage aufgeworfen, weil es in dem Gesetz vorkommt, daß die Provinzen nicht befugt sein können, Durchführungsverordnungen zu erlassen zum Regionalgesetz bitte. Durchführungsverordnungen zum Regionalgesetz, so wie der Wortlaut da heißt, so wie man entnehmen kann aus dem Wortlaut. Um das geht es mir. Die Durchführungsverordnungen zur Durchführung des Regionalgesetzes sind dem Exekutivorgan der Region vorbehalten und ich habe es auch in meinem Minderheitenbericht entsprechend hervorgehoben, daß das gegen den Wortlaut des Autonomiestatutes wäre.

PRÄSIDENT: Danke Abg. Benedikter. Der nächste Redner ist der Abg. Taverna.

TAVERNA: Grazie signor Presidente. Ritengo che questa proposta emendativa, con primo firmatario l'assessore Romano, sia una proposta assolutamente negativa e quindi da non condividere e mi domando che colpa possiamo aver commesso per avere un assessore di siffatta natura, quale colpa, non so se si tratta di una maledizione divina, che in questo momento ci obbliga a stare qui a discutere di queste cose che sono, da parte di un assessore regionale, il massimo della contraddizione.

Mi domando per quale motivo lei abbia voluto assumere questo incarico e quindi lei sia politicamente responsabile di questa legge, ma soprattutto sia politicamente responsabile di tutte quelle norme che attraverso questa legge vanno a vanificare quello che ormai rimane - ed è ben poco - delle funzioni di Governo, quindi dirette, che sono a capo della Regione.

E' pertanto una censura di chiara natura politica, assessore Romano e mi domando come sia possibile giungere a tanto e mi ripeto ad alta voce, assessore Romano, come sia possibile anche, per quanto riguarda i rumori che si sentono, rappresentano forse un'ulteriore dimostrazione di quanta iattura lei porti, qui dobbiamo toccare ferro, assessore Romano, non dico che dobbiamo toccare qualcos'altro, perché lei sa benissimo che le porta addirittura male, ma se questo porta male a lei per la verità non mi preoccupa tanto, il problema è che lei porta male alla Regione e quindi è veramente inconcepibile che si possa arrivare a tanto; un assessore regionale arriva, attraverso questa norma, a liquidare ancora un pezzettino delle funzioni che stanno a capo della Regione.

Mi pare sia troppo. Sul piano politico ovviamente, assessore Romano, a noi rimane il diritto-dovere di denunciare questo stato di cose. Sul piano della responsabilità, conseguentemente a questa denuncia, a noi non rimane altro che votare

contro. Per la verità saremo tentati di fare qualcos'altro nei suoi confronti, assessore Romano e non vorrei nemmeno cadere nel cattivo gusto, però lei deve rendersi conto che risponderà non soltanto all'opinione pubblica, ma dovrebbe rispondere anche alla sua coscienza di un siffatto stato di cose. Forse lei è privo di coscienza, l'ho detto prima, siete incoscienti!

Vorrei essere tanto più pesante, ma non soltanto a parole, assessore, anche con dei comportamenti, però non desidero affatto cadere nel cattivo gusto, immagino che le mie parole ovviamente per lei passano senza colpo ferire, per lei che è abituato ad incassare, questi miei lamenti non hanno purtroppo alcuna possibilità di trovare udienza, di trovare cittadinanza, però lo dico con grande mortificazione, di tutto mi sarei aspettato, ma non di avere di fronte un politico che ci renda complici di una siffatta questione. E' veramente una cosa gravissima, una cosa da denunciare e da condannare.

Le auguro tante belle cose, assessore, ma una cosa le augurerei prima di tutte, che ci possa liberare della sua ingombrante presenza e lo dico con assoluta coscienza, serenamente, con tranquillità: lei è di una presenza ingombrante, più in fretta se ne va, meglio sarà per tutti, soprattutto per la Regione.

PRÄSIDENT: Moment bitte. Kolleginnen und Kollegen und speziell Abg. Taverna. Bitte versuche Sie trotz der härteren Töne, die jetzt angesichts des Wahlkampfes natürlicherweise sich verschärfen, immer noch die Achtung der Person im Auge zu behalten und beleidigende Worte zu vermeiden. Bitte Abg. Taverna.

Ich gebe damit das Wort an die Frau Abg. Zendron.

ZENDRON: Presidente, mi pare che con questo emendamento dell'ultimo momento, che come al solito è una delle tecniche per boicottare le leggi che stiamo facendo, invece che chiudere il pacchetto famiglia e finalmente arrivare ad una conclusione, si inserisce un qualche cosa anticipando la discussione di domani, cioè le deleghe alle Province.

L'assessore Saurer ha detto: già lo facciamo, ma se è vero quanto asserito dall'assessore Saurer, perché abbiamo bisogno di un articolo di legge? Di fatto noi assistiamo a questa cosa curiosa, che a fine legislatura, con una Giunta che non ha saputo esercitare la sua funzione di fare progetti di spesa e che butta alla fine un po' di soldi di qua e di là, senza riuscire ad arrivare alle conclusioni e senza avere presentato dei progetti che davvero possano durare più che pochi mesi, noi ci troviamo adesso fare una serie di deleghe, domani riprenderemo il discorso, ma oggi le materie che con il comma 1 vengono delegate, le cui funzioni amministrative vengono delegate, come voi sapete sono materie molto sostanziose, forse di più di quelle che verranno delegate domani.

Inoltre per quello che riguarda il comma 2, qui è anche possibile che sulla base di questa delega di oggi si stia trasferendo tutta la materia alle Province. Ora uno dice perché non lo fanno le Province invece della Regione, è una questione politica, voi vi state prendendo la responsabilità in assenza di un quadro, in assenza di una discussione complessiva, che coinvolge tutti i cittadini, con un semplice emendamento di cambiare sostanzialmente il rapporto equilibrato tra Regione e Province, questo è

quello che lei sta facendo, assessore Romano, lei è il nostro costituzionalista, perché si sta appropriando del compito di cambiare l'assetto istituzionale che caratterizza la nostra autonomia.

Questa è una sua scelta che non approvo, trattandosi di materia di grande peso e che andrebbe discussa in ben altro modo, dovrebbe essere discussa attraverso un progetto complessivo di riforma della Regione e non semplicemente con un progressivo progetto di eliminazione, da farsi nella disattenzione generale, almeno così voi pensavate perfetto, che praticamente svuota delle funzioni la Regione stessa, che peraltro non è così oberata, soprattutto in queste materie, che sono contenute nell'art. 1.

Se poi ci sono delle funzioni che già vengono esercitate, come ci ha spiegato l'assessore Saurer, non si vede comunque la necessità di fare una normativa di legge in questa materia.

Per quello che riguarda poi il contenuto del comma 2 stiamo ancora finendo di controllare il peso esatto di questa decisione, perché voi ci buttate lì queste cose, presentate il 9 giugno, e quindi la discutiamo adesso. Non posso dire altro che sono contraria, però mi meraviglio che lei assessore si prenda una responsabilità di questo genere, con assoluta superficialità o con una convinzione di cui però non ci ha spiegato i motivi fondamentali, per cui lei è convinto dell'opportunità che la Regione in questo momento si liberi completamente, possiamo poi fare a meno della Giunta regionale, immagino che con un paio di assessori risparmiiamo tutte le auto blu e varie cose, però motivi che vadano a favore dei cittadini di questa Regione non mi sembra che ne siano stati portati in quest'aula.

Mi pare che sia oltremodo scorretto utilizzare una legge, che dovrebbe essere sociale, per dei fini diversi, come sono questi, perché tutto questo non ha nulla a che fare con il pacchetto famiglia, la seconda parte sì, ma nella prima parte dove si parla di tutte le altre leggi non mi sembra riguardi quanto questa legge dovrebbe trattare.

PRÄSIDENT: Möchte noch jemand aus den Reihen der Abgeordneten Stellung zu diesem neuen Artikel nehmen? Niemand? Dann schließe ich diesen Teil der Debatte ab und gebe dem Regionalassessor Romano das Wort. Bitte schön.

ROMANO: Grazie signor Presidente. Una delle cose più brutte in politica è essere schiavi delle ideologie. L'ideologia ci porta a considerazioni aberranti, che ci fanno poi perdere il senso della realtà. In effetti, collega Taverna, mi sento un po' ingombrante, ma le posso assicurare che per l'autunno sarò un figurino, mi sono già iscritto ad una palestra, una delle più "in" e vedrà che la mia presenza sarà molto più agile e snella.

Allora lasciatemi un po' non prendere la mano dalla ideologia e spiegarvi perché l'assessore Romano ha condiviso questa norma, che è una delle norme licenziate dalla commissione. Collega Zendron, questa norma era l'art. 16 del testo originario della legge licenziato dalla commissione mesi e mesi fa, si prenda l'art. 16 del testo licenziato dalla commissione e vedrà che si parla di deleghe di funzioni amministrative; signori miei, non è assolutamente una novità, ci avete ragionato per due anni e adesso l'8 giugno

1998 mi venite a dire che a sorpresa l'assessore Romano porta la delega di funzioni amministrative.

No, signori miei, se Romano è sprovvisto nel fare dei pasticci all'ultimo momento, qualcun altro si vada a guardare sapientemente i testi approvati già mesi e mesi fa.

Quindi non è una novità, lo sapevate tutti che uno degli articoli di questa legge era la delega di funzioni amministrative. Abbiate pazienza, andiamo un attimo nel pratico, capisco la preoccupazione di chi dice: cediamo queste leggi, svuotiamo la Regione, signori miei, se vogliamo essere sinceri e coerenti, questo ragionamento andava fatto nel 1992-93, quando abbiamo passato il 99% della materia di previdenza integrativa, alle Province. In quel momento forse aveva più senso, fare una battaglia ideologica di principio.

Allora vi dico che cosa è rimasto, visto che sono uffici dei quali ho responsabilità, in che cosa consistono queste pratiche che la Regione cura, con dispendio di soldi, persone ed energie.

Collega Taverna, ha mai sentito parlare di razionalizzazione dell'azione della funzione amministrativa? Sa cosa è la razionalizzazione della funzione amministrativa? Lei la vuole subordinare alla sua ideologia, lo faccia pure, io no, non mi attacco quando devo far funzionare una macchina, quando devo dare un servizio al cittadino non mi attacco e non mi crocefiggo se perdo una sordità da rumore, una pensione di reversibilità all'anno, se perdo un riscatto di contributi all'estero. Queste funzioni sono competenze del tutto residuali con un numero limitatissimo di interventi all'anno, che chiedono un'organizzazione! Siete voi a dire che la Regione deve risparmiare, che l'azione amministrativa deve essere razionalizzata, vi siete riempiti la bocca, una volta in cui voglio dire: razionalizziamola, passiamo a due strutture consolidate questi ammenicoli. In questo momento per me è solo una semplificazione e non c'è alcun contenuto ideologico, nella volontà da parte mia di svuotare la Regione, si tratta di passare 10 pratiche alla agenzia per la previdenza integrativa, che sa fare bene il suo lavoro.

Questo è l'intento pratico di questa norma, non c'è nulla di ideologico, né di svuotamento, né di sottovalutazione, è solo un passaggio di funzione pratica di dare i 10 milioni di contributo a riscatto, farli dare dalle Province autonome di Trento e di Bolzano, mantenere in Regione una struttura con un capoufficio, un'organizzazione, degli scaffali degli archivi che alla fine dell'anno si riducono a 20 pratiche in tutto. Questa è la realtà.

Diverso è il discorso che bisognava fare negli altri anni sul pacchetto famiglia, perché le province cosa gestiscono oggi? Gestiscono gli assegni familiari, gestiscono l'assegno di cura, di natalità, la pensione alle casalinghe, l'indennità di mobilità, l'indennità di degenza, l'indennità infortuni, queste sono cose pesanti, non certo la sordità da rumore che ne abbiamo 10 in tutto. Vorrei far capire questo, l'ideologia non c'entra assolutamente nulla, è una razionalizzazione dell'attività amministrativa.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den neu vorgelegten Art. 13 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Die Gegenprobe. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme. 13 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen, der Rest Ja-Stimmen, der Artikel ist angenommen. Was möchten Sie? Namentliche Abstimmung. Geheime Abstimmung? Moment bitte. Wer schließt sich dem Antrag auf geheime Abstimmung an? Genügend. Damit stimmen wir geheim über diesen Artikel 13 ab. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte um den Namensaufruf.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Bitte Platz zu nehmen.

Ich darf das Abstimmungsergebnis zu Artikel 13 bzw. dessen Neuvorlage bekannt geben:

Abstimmende:	54
Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	26
weiße Stimmzettel:	1

Damit ist der Artikel genehmigt.

Wenn alle ein bißchen ruhig sind geht es schneller, sonst braucht man jedesmal so viel Zeit. Wir kommen jetzt zum Artikel 14, und zwar liegt ein Streichungsantrag von Abg. Pinter vor. Abg. Pinter ist nicht da, deshalb bleibt der Streichungsantrag trotzdem aufrecht. Debattebeiträge sehe ich keine. Cons. Pinter voleva parlare sull'emendamento soppressivo dell'articolo 14? No? Wer mit dem Streichungsantrag des Abg. Pinter einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Chi è a favore? Wer stimmt dagegen? 17 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen, der Rest Nein-Stimmen, der Artikel ist abgelehnt. Abg. Morandini, da ist jetzt ein Streichungsantrag zu einem neu vorgeschlagenen Artikel. Den können wir nicht behandeln, weil wir nicht einen Artikel streichen können, den es noch nicht gibt. Non possiamo mettere in votazione un emendamento soppressivo di un articolo che non esiste. Si riferisce al testo del cons. Romano. Prego, prego, cons. Morandini.

MORANDINI: Presidente, volevo un chiarimento in riferimento alla sua affermazione, perché è prassi normale e legittima che allorquando vengono presentati degli emendamenti sia possibile emendarli. Questa è una proposta su un emendamento, quindi un emendamento all'emendamento, già abbiamo discusso questo problema, se lei ricorda Presidente, in una delle precedenti tornate, proprio all'interno di questo disegno di legge e quindi le chiedo di rivedere la sua affermazione, perché mi pare assolutamente infondata e quindi di mettere in discussione e votazione questo emendamento. Grazie.

PRÄSIDENT: Abg. Morandini, es tut mir leid, aber wir haben, was mich betrifft, immer den gleichen Fall so behandelt. Wenn sich der Streichungsantrag auf den Originaltext der Kommission bezieht, dann ist er zulässig, weil dann streiche ich einen Text der steht, der vorgeschlagen wird von einer Gesetzgebungskommission, der nicht einfach zurückgezogen werden kann. Wenn er aber ein Neuvorschlag ist, dann kann ich zwar Abänderungen machen, die diesen Neuvorschlag ummodellieren, aber um zum Ausdruck zu bringen, daß ich dagegen bin, muß ich dagegen stimmen, nicht einen Abänderungsantrag machen, das ist eine überflüssige Abstimmung. Wir kommen damit zum Artikel 14. Ich lese ihn vor:

Art. 14

(Costituzione di due Istituti autonomi per la previdenza e le assicurazioni sociali)

Al fine di coordinare e semplificare i rapporti tra amministrazione e cittadino in materia di previdenza e di assicurazioni sociali e per attuare la normativa integrativa della Regione nella materia medesima, è costituito in ciascuna Provincia autonoma, in applicazione dell'art. 6 dello Statuto di autonomia approvato con D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670, un Istituto autonomo per la previdenza e le assicurazioni sociali.

Con successive leggi e regolamenti regionali e, per quanto di competenza, provinciali, si provvederà a stabilire l'ulteriore disciplina relativa al funzionamento degli Istituti di cui al comma 1.

DENICOLO:

Art. 14

(Errichtung zweier autonomer Vorsorge- und Sozialversicherungsanstalten)

1. Zum Zwecke der Koordinierung und Vereinfachung der Beziehungen zwischen der Verwaltung und den Bürgern im Bereich der Sozialfürsorge und Sozialversicherung sowie zum Zwecke der Ausübung der ergänzenden Gesetzgebungsbefugnis der Region auf diesem Sachgebiet wird in Anwendung des Art. 6 des Autonomiestatutes, genehmigt mit D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670, in jeder Provinz eine autonome Vorsorge- und Sozialversicherungsanstalt errichtet.

2. Mit nachfolgenden Gesetzen und Verordnungen der Region bzw. der Provinz, soweit es in ihre Zuständigkeit fällt, wird die weitere Regelung über den Betrieb der in Absatz 1 genannten Anstalten festgelegt.

PRÄSIDENT: Danke, damit eröffne ich die Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Morandini.

MORANDINI: Grazie Presidente. Con riferimento in premessa alla questione regolamentare, mi consenta di dissentire da una prassi che vede la procedura per la trattazione delle leggi e degli articoli relativi da parte di questo Consiglio piuttosto difforme da quella vigente, almeno presso il Consiglio provinciale di Trento, dove mi

pare invece che ragioni di democrazia sostanziale e rappresentativa debbano consentire la discussione e l'ammissibilità alla stessa e alla votazione conseguente degli emendamenti agli emendamenti quando anche questi fossero soppressivi.

Nel merito di questo articolo, signor Presidente, vorrei dire all'assessore Romano che mi stupisco nel vedere la sua firma a calce di questo articolo. Potevo capire assessore che i rappresentati del partito di maggioranza relativa che siede in Alto Adige, sottoscrivessero questo emendamento, ma non certo lei, che evidentemente pensavo avesse una prospettiva, una concezione dell'istituto regionale un po' diversa. Allora faccio presente, assessore Romano, che noi abbiamo responsabilmente, convintamente ritirato il nostro disegno di legge su questa materia, che abbiamo presentato parallelamente a quello presentato dallo SVP, proprio perché insieme abbiamo confezionato una serie di misure ed interventi, che siamo andati via via ad approvare, salvo qualche diversità su qualche passaggio e quindi dò atto di un lavoro costruttivo compiuto insieme.

Presentando questo emendamento, assessore Romano, lei si assume, di fronte alle istituzioni, in particolare alla Regione, di fronte alla pubblica opinione una responsabilità politica immensa, perché questo articolo è un'ulteriore picconata all'istituto regionale. Prima di tutto non c'è alcuna necessità di istituire due istituti autonomi, uno per ciascuna provincia, è vero che questa possibilità, si tratta peraltro soltanto di una facoltà, è consentita sia dallo statuto che dalle norme di attuazione, ma come lei sa bene l'art. 6 dello statuto non impone alla Regione di fare questo, ma prevede la semplice facoltà di istituire istituti autonomi e analogamente vi prevede l'art. 1 delle norme di attuazione, approvate con DPR n. 58 del 1978.

Allora questo fondamento legislativo, anche di rango costituzionale per quanto riguarda le previsioni statutarie che lei sovente cita a fondare questo tipo di intervento, non impone assolutamente alla Regione questo tipo di intervento, ma ne prevede soltanto la facoltà. Allora se questa può essere una facoltà che posso capire che politicamente possa essere messa in campo da certe forze politiche, che hanno la loro concezione sulla Regione, una concezione che non condivido, ma che rispetto, evidentemente resto stupito che lei, che appartiene ad una forza politica che della Regione ha sempre fatto della difesa della Regione, della valorizzazione del suo ruolo, anzi della rivisitazione del suo ruolo e delle sue competenze, perché la Regione può ancora svolgere una funzione molto importante, proprio nel futuro, allora mi stupisco che lei abbia presentato questo articolo.

Lo dico perché ci sono delle questioni, a mio avviso, oltre che di fattibilità di costi su questo versante, penso che questa norma andrà comunque ad incidere pesantemente anche in termini di costi, perché poco o tanto dar vita ad istituti previdenziali autonomi comporterà dei costi, di strutture, di personale e non sono del resto assolutamente necessari. Quando fossero necessari, sarebbe sufficiente un solo istituto regionale che gestisse queste cose, ma non certo due istituti autonomi, perché i costi che questo comporterà saranno tutt'altro che irrilevanti.

Penso anche di poter dire, assessore e Giunta regionale, che ci sono problemi a nostro avviso anche di fattibilità tecnica di questo tipo di istituti, lei

probabilmente avrà verificato questo. Ho fatto una verifica, sia pure sommaria, con i pochi strumenti che ho a disposizione, però penso consapevolmente di dire che ci saranno anche problemi di fattibilità tecnica.

Allora questa norma è estremamente pericolosa, né è vero assessore che qui è fissato solamente il principio, perché la norma dice all'art. 1, lei è un giurista, al fine di coordinare e semplificare i rapporti fra amministrazione e cittadino, ma si semplificano di più sintetizzando gli organismi che sono preposti a questa attuazione, è costituito in ciascuna provincia un istituto, quindi non è una norma di principio, ma è una norma di carattere assolutamente precettivo.

Per questa ragione abbiamo presentato l'emendamento che il Presidente ha dichiarato inammissibile - non condividiamo questa procedura - comunque nel merito diciamo che voteremo convintamente contro. Ci spiace perché è uno dei pochi passaggi su cui non siamo d'accordo di questa legge, perché insieme ci siamo trovati a convenire su una serie di istituti ed è questa la ragione per cui abbiamo ritirato il nostro disegno di legge, istituti che sono stati recepiti in questo disegno di legge, però la invito a riflettere su questo passaggio, che è un'ulteriore picconata all'ente Regione.

PRÄSIDENT: Danke, auch für die Pünktlichkeit. Wir lassen zuerst die Abgeordneten zu Wort kommen und dann Assessor Romano zur Replik. Bitte um ein bißchen Geduld. Abg. Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Ja ich muß sagen, Gott sei Dank wird endlich ein solcher Artikel verabschiedet, womit diese beiden sogenannten autonomen Institute - eines in Bozen und eines in Trient - gegründet werden. Denn ich kann sagen, daß ich diese Durchführungsbestimmungen erreicht habe, daß wir bzw. die Region, obwohl sie nur diese ergänzende Zuständigkeit hinsichtlich sozialer Vorsorge hat, sich die beiden bestehenden Institute aneignen kann. Wenn dieser Artikel hier genehmigt wird und diese Institute geschaffen werden, dann ist ja in den Durchführungsbestimmungen vorgesehen, daß diesen Instituten auf Antrag der Region mit Dekret des Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Ministers die vom Nationalinstitut für soziale Fürsorge INPS und von der nationalen Versicherungsanstalt gegen Arbeitsunfälle INAIL und von anderen, im Bereich der Sozialfürsorge und Sozialversicherung tätigen Körperschaften oder Anstalten oder Instituten ausgeübten Aufgaben übertragen werden können. Wenn es dazu kommt, wenn auch die Übertragung der Befugnisse, der Aufgaben der bestehenden Institute INPS und INAIL erfolgt, dann haben wir eine gewaltige Vereinfachung und ich verstehe nicht, daß Morandini das anscheinend noch nicht begriffen hat. Wir haben eine gewaltige Vereinfachung, weil die beiden Institute auch die staatlich verbleibende Sozialversicherung und Unfallversicherung eben verwalten und was ist da für ein Unterschied gegenüber dem heutigen Zustand? Der Unterschied ist da, daß alle Entscheidungen, auch hinsichtlich der Sozialversicherung insgesamt und der Unfallversicherung insgesamt, jeweils in Bozen und in Trient getroffen werden und nicht mehr in Rom, als ob die Gesetzgebungszuständigkeit für Sozialversicherung insgesamt auf die Region übertragen worden wäre und ich sage nur, wir - die Union -

haben schon 1990 das erste Mal und dann 1993 das zweite Mal einen entsprechenden Gesetzesentwurf eingebracht, der hier abgelehnt worden ist. Jetzt bringt ihr ihn und ich hoffe, daß es durchgeht, denn ihr wißt ja genau, daß an sich in Rom die Ausrichtung besteht, daß man die Sozialversicherung als solche nicht an die Regionen abtreten will. Es hat auch keine andere Region diese Zuständigkeit, diese ergänzende Zuständigkeit, keine andere Region hat sie, nur wir haben diesen Artikel 6 mit den Durchführungsbestimmungen erreicht. Ich hoffe, daß es nicht zu spät ist, nachdem ja der Vorschlag der Zweikammernkommission, der Bicamerale, inzwischen untergegangen ist und noch kein neuer Vorschlag der Verfassungsreform da ist, wo man eigens vorgesehen hatte, daß alles, was mit Sozialversicherung zu tun hat beim Zentralstaat bleibt. Und jetzt endlich versucht man es im letzten Augenblick und die Region beklagt sich immer, daß sie zu wenig Zuständigkeiten hat und sie hat bisher nicht diese Zuständigkeit wahrgenommen. Ich hoffe, es gelingt noch, daß man also nicht nur die Institute errichtet für die Befugnisse, die die Region ausübt, sondern diesen auch die staatlichen Aufgaben der beiden Institute überträgt und was die Region an echter ergänzender Vorsorge eben in Kraft setzt. Deswegen begrüße ich, daß man endlich davon Gebrauch macht.

PRÄSIDENT: Danke Abg. Benedikter. Der nächste Redner ist der Abg. Taverna. Bitte Abg. Taverna.

TAVERNA: Grazie signor Presidente. Anche in questo caso devo ripetere in gran parte quanto ho detto negli interventi precedenti e farò ogni sforzo per evitare di farmi prendere la mano dalla volontà politica, che l'assessore competente ha voluto anche in questa occasione manifestare con la presentazione di questa norma.

Al riguardo è opportuno ricordare quanto è previsto dal primo comma dell'art. 6 dello statuto di autonomia e tale primo comma non fa che ribadire la possibilità, del resto esercitata dalla Regione Trentino-Alto Adige di emanare norme integrative per quanto riguarda le leggi dello Stato in materia di previdenza e di assicurazioni sociali.

Questa facoltà l'abbiamo esercitata attraverso una serie di leggi, noi interveniamo per quanto riguarda la sordità da rumore, i benefici riconosciuti agli ex combattenti, tutto il contesto del pacchetto famiglia che stiamo modificando con questo disegno di legge, siamo intervenuti, secondo me, sbagliando, attraverso l'istituzione del fondo regionale per la pensione integrativa, perché se lo Stato ha ritenuto che il sistema della previdenza fosse in crisi per insufficiente contribuzione da parte di coloro che lavorano, in relazione a coloro che stanno in pensione, quindi si dovesse intervenire immaginando un sistema alternativo di tipo privatistico per sostenere la pensione a coloro che ne avevano maturato i requisiti, è altrettanto vero che questa integrazione della pensione doveva essere, attraverso un concorso privatistico, dei datori di lavori e non attraverso con l'intervento di 50 miliardi di denaro pubblico, perché questo è lo stanziamento che la Regione attribuisce al fondo regionale integrativo.

Allora abbiamo un fondo regionale integrativo che si realizza attraverso la distribuzione della realizzazione alle due Province ed abbiamo, introducendo questa norma, l'obiettivo istituzionale di realizzare due istituti autonomi, che si occupano di pensioni, a carico delle rispettive province. Anche qui siamo in assoluta contraddizione, perché mi si deve spiegare per quale motivo c'è il fondo regionale e per quale motivo ci devono essere due istituti provinciali che si occupano della stessa materia. Siamo nella pura schizofrenia, assessore Romano, e di già non voglio in alcun modo riferirmi alla sua linea, anche perché non ho alcun interesse particolare a soffermare la mia attenzione sulla sua linea, per cui se lei a novembre intende più o meno essere smagrito sono affari suoi, le vorrei però ricordare che queste pratiche, se non sono puntualmente assistite da un bravo medico, generalmente portano danni alla circolazione, soprattutto portano danni a quell'organo che si chiama cuore.

Per quanto mi riguarda il problema cardiologico dell'assessore Romano è una questione estranea all'oggetto della presente discussione. E' evidente che ci deve essere peraltro una sensibilità, ma questa sensibilità ho già capito che lei non ce l'ha, l'ho capito non da oggi e lei in maniera pervicace si ostina invece a ritenere di essere di questa sensibilità almeno padrone in parte. Sono convinto che lei la sensibilità l'abbia liquidata attraverso una svendita ed è molto probabile che non soltanto lei, ma anche tutta la Giunta, sia responsabile di questa svendita, anche in relazione a questa proposta.

Per quanto ci riguarda non ci rimane che prendere atto di questa situazione, con serenità e con piena coscienza andremo non soltanto a criticare questa norma, ma andremo con il voto a cercare di ostacolarla. In campagna elettorale, caro Francesco Romano, ci vedremo anche sotto questi aspetto e veste.

PRÄSIDENT: Die nächste Rednerin ist die Abg. Zendron. Bitte.

ZENDRON: L'assessore Romano ci presenta una proposta che è un po' più contenuta rispetto quella che era la prima ipotesi, però è inutile che lei dica qualcuno mi capisce, io non la capisco lo stesso, assessore Romano, perché il problema dei due istituti è stato discusso anche a fondo nella scorsa legislatura, dove non c'era questo clima da saldi di fine Regione che stiamo vivendo oggi, per cui si regalano i pezzi in attesa di una parola fine che concluda tutto.

La questione fondamentale non è affatto ideologica, come lei poco seriamente accusa nelle sue strane repliche ai consiglieri, ma è una questione economica, la proposta di due istituti, che era venuta anche da parti diverse della maggioranza nella scorsa legislatura, era sempre stata accantonata, perché si pensava al costo, alla possibilità di poter vivere, senza creare un carrozzone, che costa tantissimo ai cittadini e non dà niente e vorrei farle osservare che proprio ieri, in una trasmissione economica alla radio, ho sentito una valutazione che è stata fatta dal fondo monetario internazionale sulle politiche sociali italiane, che sono state considerate scarsissime e veramente in modo estremamente negativo, proprio per questo aspetto, perché ai cittadini si dà poco, cioè non solamente alle politiche sociale, ma anche fiscali, perché è collegato, cioè i cittadini pagano moltissimo e ricevono pochissimo, perché quasi due

terzi della spesa se ne va con queste strutture, che danno sì da vivere ai parenti dei politici ed ai loro amici, però che non fanno bene ai cittadini.

Questa questione, e mi pare sia un po' la discussione che stiamo facendo su questa legge in questi giorni, non ha chiarito per niente quali sono le previsioni di spesa di questi istituti e quale sicurezza offrono.

Allora come stanno le cose? Lei ha fatto una proposta più moderata rispetto al progetto iniziale, ma con successive leggi si farà, però è vero che si rimanda ad un futuro, però in realtà con il comma 1 si istituiscono questi due istituti, quindi si apre una porta, senza sapere quanto questa porta poi verrà a pesare sui bilanci e sulle spalle dei cittadini della Regione.

Allora come ho già fatto in altre occasioni le chiedo di farci i conti, non mi attendo comunque risposta, perché lei ha imparato la tecnica del suo Presidente Grandi che non risponde mai alle obiezioni serie; anche in precedenza le avevamo chiesto quanto costa, ma lei non ci ha mai risposto, perché non lo può sapere, ma non si istituisce qualcosa senza sapere quanto costa, perché allora quella sì che è ideologia, noi sì che qui facciamo delle leggi ideologiche, deleghiamo, spostiamo eccetera. Dove sta il vantaggio per i cittadini della Regione? Lei a questo fino adesso non ha risposto, aspetto sempre che lei risponda, ma senza farmi molte illusioni, immaginando non diventerà più virtuoso proprio alla fine della discussione della legge.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Alessandrini. Prego, consigliere.

ALESSANDRINI: Ho già preso la parola su questo articolo, ma vorrei riprendere alcuni ragionamenti svolti nelle sedute scorse. Innanzitutto vorrei capire il senso di questo articolo, soprattutto dopo che l'assessore ci preannuncia le intenzioni della Giunta di soprassedere con le definizioni di dettaglio rispetto agli istituti di cui qui si propone l'istituzione.

Quindi, visto come tale in se stesso l'art. 13, francamente rischia di essere un'operazione che ha poco significato, tanto più se pensiamo che rispetto a materie di una certa corposità, pensiamo alle provvidenze contenute nel pacchetto famiglia ancora della precedente versione, la Provincia di Trento ha provveduto ad istituire una sua organizzazione autonoma, che ha la figura di istituto autonomo, è l'agenzia per la previdenza integrativa, non so quale sia al riguardo la posizione di Bolzano e quindi c'è il rischio che questa rimanga un'ipotesi puramente dichiarativa, che non ha alcun effetto pratico, o che va invece per contrapposto ad interferire con autonome decisioni delle province, che sono già titolari delle deleghe per quanto riguarda gli aspetti più corposi della iniziativa regionale in materia di competenze integrative dei sistemi previdenziali.

Quindi fatico a comprendere la ragione di questo articolo, anche se mi rendo conto che sia lo statuto, che le norme di attuazione, parlino della possibilità di istituire autonomi istituti di previdenza, ma probabilmente sia lo statuto che le norme di attuazione evocavano una situazione, quale quella che poteva trasparire dall'intervento del collega Benedikter, il quale mi pare evocasse l'idea di una regionalizzazione dei sistemi previdenziali e pensionistici.

Se potrebbe avere un senso in questa prospettiva, però credo, lo vorrei dire con tutta franchezza al collega Benedikter, che sistemi pensionistici, come quello italiano o come quello dei paesi europei, che sono sistemi a ripartizione, è difficile che possano funzionare in ambiti ristretti, in bacini di popolazione come quelli delle due province. 400 mila abitanti o poco più per provincia rendono precari sistemi pensionistici a ripartizione, che richiedono ben altri bacini di presenza.

Collega Benedikter, so che già in Germania ipotesi di regionalizzazione dei sistemi pensionistici sono stati subito bollati di demagogia e populismo, anche quando venivano avanzati dal Presidente della Baviera, che è un Bundesland di 10 milioni di abitanti o poco meno. Potrebbero funzionare, collega Benedikter, visto che lei spesso ce lo ricorda, istituti di questa portata per sistemi pensionistici che funzionano con il sistema a capitalizzazione o accumulazione, sistemi che sono applicati nel Cile.

Quando i sistemi pensionistici sono a capitalizzazione o ad accumulazione, allora credo che bacini di 400 mila abitanti giustificano la presenza di istituti autonomi, tant'è che in materia di pensioni complementari, che funzionano secondo le disposizioni dello Stato, collega Taverna, con i sistemi a capitalizzazione, credo sia giustificato aver previsto fondi provinciali con il sostegno della Regione attraverso il centro per le pensioni complementari, il quale centro ha una funzione semplicemente di coordinamento e di impulso, perché poi i fondi invece che essere categoriali, come si prevedeva per i chimici, meccanici, qui sono stati previsti con una dimensione territoriale e l'esperienza ci dice che i fondi pensionistici ad accumulazione che hanno sui 100 mila iscritti sono quelli che realizzano le migliori performance, questo ce lo racconta l'esperienza degli Stati Uniti, dove le pensioni reggono solo attraverso fondi a capitalizzazione.

Però se restiamo nella visione, come quella che vale non solo in Italia, ma in Francia, in Germania, di sistemi pensionistici a ripartizione, è difficile ipotizzare una regionalizzazione dei sistemi e quindi francamente se la prospettiva è quella evocata dall'intervento del cons. Benedikter, francamente inviterei a fare una seria riflessione, per vedere quanto questo si giustifica in termini di tenuta, di equilibri, perché questi sistemi richiedono ben altre dimensioni.

Quindi tutto sommato credo che questo articolo abbia una scarsa importanza, non vorrei che interferisse con autonome decisioni ed iniziative delle due Province, non vorrei che interferisse anche sul fatto che sulla parte più importante che la Regione ha attivato in materia di sue competenze previdenziali, cioè di pensioni complementari, questa cosa turbasse o venisse a creare confusioni rispetto al centro per le previdenze complementari ed a quello che dalle previdenze complementari nascerà a livello delle due province.

PRÄSIDENT: Meldet sich von den Abgeordneten niemand mehr zu Wort? Niemand mehr? Dann ist das abgeschlossen. Dann bitte ich den Regionalassessor um seine Replik.

ROMANO: Grazie signor Presidente. Come al solito devo chiarire perché credo che sia importante anche questo articolo. Intanto la mia proposta, egregi colleghi, sostituisce l'intero capo III del disegno di legge passato in commissione il 17 gennaio 1997 e credo che l'aver contenuto in una norma, che è di principio, ma ha una fondamentale importanza, un capo intero che si articolava in modo abbastanza intenso sugli organi dell'istituto, sulle competenze, cioè dettava già una disciplina, per chi l'abbia voluto capire ha un significato e se non è stato capito cerco di spiegarlo.

Questo articolo completa una previsione, una facoltà che ci dà l'art. 6 del secondo statuto di autonomia, se chi ha fatto lo statuto non avesse voluto darci questa facoltà non lo avrebbe scritto, partiamo sempre da un concetto fondamentale, c'è uno statuto di autonomia che ci dà delle facoltà, chiaramente non ci dà degli obblighi e se ce li dà un motivo c'è, andiamo a ricercare negli studi, non lo diciamo qui.

Allora si trattava di contemperare due cose: l'esercizio di una facoltà molto importante per completare il quadro della previdenza e quello di non mettere fin da adesso dei punti fermi che avrebbero potuto in un secondo momento bloccare l'avvio di questi istituti.

Allora cosa dice questa norma? Dice che, in applicazione dell'articolo 6, sono istituiti due istituti provinciali, i quali in un secondo momento e con successive leggi potranno assorbire quanto attualmente gestito dalle province autonome di Trento e di Bolzano o quant'altro lo Stato volesse o dovesse delegare. Non mi fascerei assolutamente la testa, non parlerei ancora una volta di svuotamento della Regione, oppure di problematiche di questo genere, qui si dice che l'art. 6 ci dà questa facoltà, istituiamo gli istituti, dopo di che il prossimo legislatore chiaramente, se vorrà dare dei contenuti a questa norma, che è una fotografia dell'art. 6, vi provvederà, non è un problema di costi, è un principio, vengono costituiti due istituti provinciali di previdenza sociale, lo dice lo Statuto, è una facoltà e noi la mettiamo sulla carta, sarà la sensibilità dei nostri successori a riempirli di contenuti.

Intendiamo solamente appropriarci di una norma che il nostro statuto ci dà, è un qualche cosa che viene perseguito da anni, lo fa in maniera molto soffice, perché elenca un principio, non capisco come un legislatore regionale non possa non apprezzare quella che è una nostra prerogativa proprio per la nostra specialità autonomistica, dal momento che questa norma è solo una norma quadro e sarà il prossimo legislatore a fornirle il contenuto.

PRÄSIDENT: Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Artikel, und zwar Art. 14, wie er neu eingebracht worden ist vom Ausschuß. Appello nominale? Geheimsabstimmung hat Vorrang. Wer schließt sich dem Antrag auf Geheimabstimmung an? Ha chiesto Achmüller. Bitte zählen. Sind fünf Abgeordnete? Ja es sind genügend, also Geheimabstimmung. Prego distribuire le schede. Bitte die Stimmzettel verteilen. Wir stimmen ab über den Artikel 14, Romano und andere.

Bitte den Namensaufruf.

(segue votazione a scrutinio segreto)

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

Votanti	52
schede favorevoli	28
schede contrarie	20
schede bianche	4

Il Consiglio approva.

Essendo decaduti tutti gli altri emendamenti all'art. 14, passiamo all'art. 15. C'è un emendamento, a firma della Giunta regionale, che recita: l'art. 15 è soppresso.

Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 5 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

All'art. 16 c'è un emendamento soppressivo, sempre a firma della Giunta regionale, che recita: l'art. 16 è soppresso. Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 7 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

All'art. 17 c'è un emendamento soppressivo, sempre a firma della Giunta regionale, che recita: l'art. 17 è soppresso. Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 4 voti contrari, 8 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l'emendamento è approvato.

C'è un emendamento aggiuntivo, l'art. 17 bis, a firma dei conss. Di Puppo, Zendron ed altri, che recita:

Art. 17 bis

(Concessione di anticipi sugli assegni obbligatori di mantenimento a favore di minori affidati)

1. Allo scopo di favorire la tutela dei minori legalmente o di fatto affidati, la Regione potrà iscrivere nel bilancio annuale di previsione, a decorrere dall'esercizio 1998, uno stanziamento da ripartirsi in parti uguali tra le Province di Trento e di Bolzano e destinato alla costituzione da parte delle stesse di fondi di rotazione per la concessione di anticipi a favore dei minori affidati sugli assegni obbligatori di mantenimento dovuti per i medesimi da parte del genitore non affidatario.

2. Con regolamento di attuazione della presente legge saranno stabiliti:

- a) casi, presupposti e requisiti per la concessione degli anticipi;
- b) beneficiari, modalità, durata e importi degli anticipi;
- c) presupposti e motivi per la decadenza, revoca o sospensione;

d) modalità di rimborso a favore delle Province o di subentro delle medesime nei confronti dei debitori obbligati.

3. Per l'attuazione delle disposizioni del presente articolo è autorizzata a carico del bilancio dell'esercizio finanziario 1998 la spesa di lire 500.000.000 alla cui copertura si provvede mediante prelevamento di pari importo dal cap. 1942 . La spesa a carico degli esercizi successivi sarà stabilita dalla legge annuale di bilancio.

DENICOLÒ: Änderungsantrag

Artikel 17 bis

Gewährung von Vorschüssen auf die Pflichtzuwendungen für den Unterhalt zugunsten der anvertrauten Minderjährigen

1. Um den Schutz der gesetzlich oder de facto anvertrauten Minderjährigen zu fördern, kann die Region ab dem Haushaltsjahr 1998 im Haushaltsvoranschlag eine Bereitstellung ausweisen, die zu gleichen Teilen auf die Provinzen Trient und Bozen aufzuteilen ist und die diese einsetzen, um Rotationsfonds für die Gewährung von Vorschüssen auf die Pflichtzuwendungen für den Unterhalt zugunsten der anvertrauten Minderjährigen zu errichten; genannte Zuwendungen sind vom Elternteil, der das Kind zur Betreuung anvertraut, zu entrichten.

2. Mit Durchführungsverordnung zum vorliegenden Gesetz wird folgendes geregelt:

- a) die Fälle, Voraussetzungen und Erfordernisse für die Gewährung der Vorschüsse;
- b) die Nutznießer, Modalitäten, Dauer und Höhe der Vorschüsse;
- c) die Voraussetzungen und Gründe für den Verfall, Widerruf oder die Aussetzung;
- d) die Einzelbestimmungen in bezug auf die Rückerstattung zugunsten der Provinzen oder die Nachfolge derselben gegenüber den dazu verpflichteten Schuldern.

3. Für die Anwendung der Bestimmungen dieses Artikels wird zu Lasten des Haushalts für das Finanzjahr 1998 eine Ausgabe in Höhe von 500.000.000 Lire genehmigt, die durch Behebung des gleichen Betrages aus dem Kapitel 1942 des Ausgabenvoranschlages gedeckt wird. Die Ausgaben für die nachfolgenden Haushaltsjahre werden mit Jahreshaushaltsgesetz festgelegt.

Unterzeichnet: Die Regionalratsabgeordneten Michele Di Puppò, Pius Leitner, Tarfusser, Benedetti, Bolzonello, Alessandrini, Zendron, Gasperotti, Pinter, Kury, Morandini usw.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola l'assessore Romano per l'illustrazione.

ROMANO: Grazie signor Presidente. Se non ho capito male, qui si intenderebbe istituire con i mezzi della Regione un fondo nel caso di inadempimento da parte di chi è tenuto alla corresponsione degli obblighi alimentari degli assegni per i figli, in caso di separazione e di divorzio. Per carità, l'idea è buona, comprensibile, però non ha niente a

che vedere purtroppo con le nostre possibilità in materia di previdenza integrativa. Posso comprendere quello che ha spinto il collega a proporre questo articolo, ma sarebbe la classica goccia che farebbe bocciare tutta la legge, per cui il parere della Giunta è negativo, proprio per incompetenza sulla materia.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Ha chiesto la parola la cons. Kury, ne ha facoltà.

KURY: Ich möchte um geheime Abstimmung ersuchen. Votazione segreta per favore, presidente

PRESIDENTE: Siamo in votazione dell'emendamento aggiuntivo, art. 17 bis, a firma dei cons. Di Puppo, Zendron, ed altri.

Prego distribuire le schede per la votazione a scrutinio segreto.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione dell'emendamento:

votanti	51
schede favorevoli	21
schede contrarie	30

Il Consiglio non approva.

Passiamo al prossimo emendamento: l'articolo 18 è sostituito dal seguente:

“Art. 18

(Norma finanziaria)

1. L'articolo 34 della legge regionale 24 maggio 1992, n. 4 è abrogato.
2. L'articolo 20 della legge regionale 25 luglio 1992, n. 7 è abrogato.
3. L'articolo 14 della legge regionale 28 febbraio 1993, n. 3 è abrogato.
4. All'onere complessivo per l'attuazione della legge regionale 24 maggio 1992, n. 4, della legge regionale 25 luglio 1992, n. 7 e della legge regionale 28 febbraio 1993, n. 3, ivi comprese le modifiche apportate con la presente legge e del Capo II, si provvede per l'esercizio 1998, mediante le somme stanziare nel capitolo 1942 del bilancio di previsione relativo all'esercizio stesso.
5. All'onere complessivo per l'attuazione della legge regionale 27 novembre 1993, n. 19, ivi comprese le modifiche apportate con la presente legge, si provvede per l'esercizio 1998, mediante le somme stanziare nel capitolo 1943 del bilancio di previsione relativo all'esercizio stesso.
6. All'onere relativo agli esercizi successivi si provvederà con legge di bilancio, ai sensi dell'articolo 7 e nei limiti previsti dall'articolo 14 della legge regionale

10 maggio 1991, n. 10, concernente “Norme in materia di bilancio e sulla contabilità generale della Regione”.

7. Gli importi di cui ai commi 4, 5 e 6 vengono annualmente ripartiti tra le Province autonome di Trento e di Bolzano dalla Giunta regionale, tenendo conto delle esigenze evidenziate nei rispettivi programmi finanziari.

Ci sono due subemendamenti, la prima parte dell'emendamento, 5/bis decade, rimane in piedi 5/ter: “Agli oneri derivanti dall'attuazione del comma 1 dell'articolo 10 della presente legge, si provvede con i fondi stanziati ai capitoli di bilancio relativi alle rispettive leggi regionali.”

C'è un'altra proposta di subemendamento all'art. 18, a firma della Giunta, che recita: al comma 7 tra le parole “5 e 6” sono aggiunte le parole “5 ter”.

Prego dare lettura nel testo in lingua tedesca.

DENICOLÒ: Änderungsantrag zu Art. 18

Artikel 18 wird durch den nachstehenden ersetzt:

„(Finanzbestimmung)

1. Artikel 34 des Regionalgesetzes vom 24. Mai 1992, Nr. 4 ist aufgehoben.
2. Artikel 20 des Regionalgesetzes vom 25. Juli 1992, Nr. 7 ist aufgehoben.
3. Artikel 14 des Regionalgesetzes vom 28. Februar 1993, Nr. 3 ist aufgehoben.

4. Die aufgrund der Anwendung des RG vom 24. Mai 1992, Nr. 4, des RG vom 25. Juli 1992, Nr. 7 und des RG vom 28. Februar 1993, Nr. 3, einschließlich der mit diesem Gesetz angebrachten Änderungen und des Kapitels II im Jahr 1998 erwachsende Gesamtausgabe wird durch Verwendung der im Kapitel 1942 des Haushaltsvoranschlags für das genannte Jahr ausgewiesenen Beträge gedeckt.

5. Die aufgrund der Anwendung des RG vom 27. November 1993, Nr. 19, einschließlich der mit diesem Gesetz angebrachten Änderungen im Jahr 1998 erwachsende Gesamtausgabe wird durch Verwendung der im Kapitel 1943 des Haushaltsvoranschlags für das genannte Jahr ausgewiesenen Beträge gedeckt.

6. Die in den darauffolgenden Gebärungen erwachsende Ausgabe wird mittels Haushaltsgesetz im Sinne des Artikels 7 und innerhalb der von Artikel 14 des RG vom 10. Mai 1991, Nr. 10 betreffend „Bestimmungen über den Haushalt und das allgemeine Rechnungswesen der Region“ vorgesehenen Grenzen gedeckt.

7. Die Beträge gemäß den Absätzen 4, 5 und 6 werden jährlich vom Regionalausschuß unter Berücksichtigung der in den jeweiligen Finanzierungsprogrammen angeführten Erfordernisse unter den autonomen Provinzen Trient und Bozen aufgeteilt.“

Dazu gibt es Abänderungsvorschläge. Einer, der folgendermaßen lautet 5/ter: Die aus der Anwendung von Absatz 1 des Artikels 13 dieses Gesetzes erwachsenden Ausgaben

werden mit den finanziellen Mitteln gedeckt, die in den Haushaltskapiteln betreffend die jeweiligen Regionalhaushalte bereitgestellt werden.

Und schließlich ein zweiter: Bei Absatz 7 wird zwischen den Ziffern „5 und 6“ die Ziffer „5ter“ eingefügt.

Unterzeichner: Romano, Morandini, Casagrande, Pahl, Messner, Saurer usw.

PRESIDENTE: E' in discussione il subemendamento, che recita: “Agli oneri derivanti dall’attuazione del comma 1 dell’articolo 10 della presente legge, si provvede con i fondi stanziati ai capitoli di bilancio relativi alle rispettive leggi regionali.”

Qualcuno intende intervenire? Nessuno. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 3 voti contrari, 7 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, il subemendamento è approvato.

Qualcuno intende intervenire sul secondo subemendamento? Nessuno. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 3 voti contrari, 7 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, il subemendamento è approvato.

Qualcuno intende intervenire sull’art. 18 così emendato? Nessuno. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 4 voti contrari, 6 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, l’art. 18 è approvato.

Qualcuno intende intervenire in dichiarazione di voto? Ha chiesto la parola il cons. Pinter, prego.

PINTER: Grazie Presidente. La prima dichiarazione giunge purtroppo come un’autocritica parziale e che sinceramente non so esattamente che testo stiamo votando. Lo dico per la prima volta in assoluto in quest’aula, ma una rapida successione di emendamenti approvati mi impedisce, allo stato attuale, di affermare con certezza l’esatto contenuto di questo provvedimento legislativo, il che evidentemente non può voler dire che non so di che cosa stiamo parlando o di che cosa abbiamo discusso, ma sfido perfino l’assessore Romano a garantire su ogni passaggio emendativo di questo disegno di legge, se tutto è andato come l’assessore si prefigurava o come si prefiguravano i proponenti originari di questo disegno di legge.

Un disegno di legge che ha visto via via una serie di modifiche che ne hanno ampiamente cambiato il contenuto se non addirittura stravolto in alcuni passaggi, che ciò nonostante immagino sarà sostenuto tanto dai primi proponenti Saurer, Kasslatter, Achmüller, Denicolò e Frasnelli, quanto dall’assessore Romano, che di fatto ha rivoltato come un calzino il testo di questa legge, non so se lo stesso cons. Morandini, che si è distinto nella sua capacità emendativa, possa riconoscersi nel risultato finale di questo disegno di legge.

Da parte mia posso dire che senz’altro alcune modifiche hanno raggiunto un risultato meno importante di quanto inizialmente si prospettava, cioè mi sto riferendo al fatto che ci sono stati dei tentativi di caricare questo pacchetto famiglia di tanti e tali strumenti, di tanti e tali provvedimenti che alla fine potevamo veramente rischiare di

avere un provvedimento assolutamente ingestibile, sia dal punto di vista delle finanze, sia dal punto di vista soprattutto delle competenze.

Con questo non voglio dire che il risultato sia soddisfacente, perché purtroppo le contraddizioni si sono manifestate, sono state abbastanza palesi, si sono volute mantenere alcune forzature rispetto alle competenze della nostra Regione, si sono volute mantenere alcune previsioni senza riempirle di contenuto, cioè rinviando, come ha detto più volte l'assessore Romano e lo ha detto in modo convinto, noi mettiamo lì degli strumenti, mettiamo lì delle risorse, chi verrà le gestirà.

Ora questo può essere anche apprezzabile per un legislatore, che sta per concludere il proprio mandato, in quanto sembrerebbe dire che mi preoccupo non soltanto di quello che ho a disposizione come strumenti legislativi e amministrativi, ma anche di quello che avranno a disposizione i prossimi legislatori.,

Ora è chiaro che nell'individuare due istituti previdenziali, ma non definire quale sarà il contenuto di questi due istituti, nell'individuare un fondo per i non autosufficienti, ma non chiarendo quale sarà la gestione di questo fondo per non autosufficienti e via di seguito, è evidente che abbiamo introdotto delle variabili legislative, che sono variabili perché nessuno sa poi di cosa saranno riempite esattamente in termini di contenuto.

Per cui in definitiva, anche perché il tempo a disposizione è ristretto, credo sia stata per alcuni versi sprecata un'occasione importante, che era quella di mettere mano al pacchetto famiglia, semplificando gli istituti ivi previsti riducendoli, semplificandoli, destinandoli effettivamente alle famiglie ed ai soggetti che più hanno bisogno, invece si è mantenuta la strada e la volontà di ridistribuire il massimo possibile di risorse, il massimo possibile di destinatari.

Non voglio senz'altro attribuire a scopi particolarmente elettorali ai proponenti o all'assessore, perché qualsiasi iniziativa da questo punto di vista ha sempre un significato elettorale, ma non c'è ombra di dubbio che, se l'obiettivo era quello di soddisfare il maggior numero possibile di persone, direi che vi siete avvicinati a questo obiettivo, mentre se l'obiettivo doveva essere quello di individuare uno strumento, il più efficace possibile, per efficace vuol dire anche selettivo dei bisogni, perché abbiamo bisogno di risposte ai bisogni, non di elemosina o redistribuzione di risorse a chicchessia, a prescindere da condizioni reddituali e sociali, allora credo che da questo punto di vista dubito sulla efficacia, non tanto sull'efficienza della soddisfazione diffusa, ma sull'efficacia di raggiungere i problemi e dare risposte.

Quindi in conclusione, Presidente, non posso dichiarare il mio voto favorevole al provvedimento, anche se devo dare atto all'assessore Romano di aver accettato alcuni suggerimenti che io stesso ho presentato, alcune correzioni migliorative e devo dare atto, tanto per mantenere vivace la polemica con il cons. Morandini, di aver respinto alcuni suoi attacchi, che si sarebbero dimostrati particolarmente pericolosi per quello che riguarda le finanze pubbliche ed anche gli strumenti di questa legge.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Klotz, ne ha facoltà.

KLOTZ: Ich muß die erste Bemerkung des Vorredners bestätigen. Kaum jemand wird sicherlich noch genau den Überblick darüber haben, welche Bestimmungen wir nun ergänzt oder abgeändert haben vom alten Familienpaket. Sicher ist, daß es laut Ankündigungen, laut Versprechungen eine Revolution werden sollte, also daß man ein angemessenes Familienpaket schaffen wollte, nach Ankündigungen, daß aber in der Realität Einschränkungen stattgefunden haben und daß man verschiedene Realitäten nicht zur Kenntnis genommen hat, mit Sicherheit nicht. So hat es Beschränkungen gegeben gerade was eben die Ausdehnung von Begünstigten anbelangt, beispielsweise gerade eben auf jene Kategorie von jungen Müttern, die eben noch nicht in der Lage waren, eine entsprechende Einzahlungszahl vorzuweisen.

Was mir besonders leid tut und woran ich mich auch noch erinnern kann, daß die Ausdehnung des Pflegegeldes von zwei auf drei Jahre nicht stattgefunden hat. Ich hatte hier ausdrücklich den Antrag Morandini mitgetragen, denn so wie ich der Meinung bin, daß man die berufstätigen Frauen unterstützen soll, bin ich auch der Meinung, daß man jene Frauen unterstützen soll, die eben die Entscheidung treffen möchten zu Hause bei den Kindern zu bleiben. Diese freie Wahl soll den Frauen nach meiner Überzeugung gewährt und garantiert werden.

Dann was wir hier erlebt haben rund um die sogenannte Pflegeversicherung, die es nicht mehr gibt, herausgekommen ist bis zum Schluß der Vorsorgefonds für die Fürsorge. Ein Vorsorgefonds für die Fürsorge ist herausgekommen. Von Pflegeversicherung keine Spur mehr, darüber spricht man überhaupt nicht mehr. Diese lange Diskussion, monatelange Diskussion, haben wir ursprünglich geführt, um das bisherige Familienpaket, das sich als nicht angemessen erwiesen hat, den realen Bedürfnissen anzupassen und den veränderten Realitäten Rechnung zu tragen. Das ist sicherlich nicht geschehen, abgesehen davon, daß ich nicht weiß, wie das Gesetz jetzt in den einzelnen Details tatsächlich aussieht, weil wir einfach den Überblick verloren haben. Aber so wie wir dieses Gesetz jetzt verabschieden, ist es nicht das, als welches es hier in den Ankündigungen verkauft worden ist, und zweitens ist es sicher nicht das, das wir gewollt haben. Infolgedessen kann ich meine Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf nicht geben.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Taverna, ne ha facoltà.

TAVERNA: Grazie signor Presidente. Siamo giunti al termine di questa vicenda tortuosa, che molto spesso si è impaludata in una serie di meandri, dai quali è stato difficile poter uscire, una vicenda quella della rivisitazione del pacchetto famiglia, che da un lato non è riuscita a migliorare la situazione precedente, non è riuscita a fondare sulla esperienza la necessità di un rinnovamento legislativo ed amministrativo, che pur si doveva raggiungere.

Dall'altra parte una caduta di stile, di sensibilità, di realismo politico, una caduta per la quale la maggioranza è una maggioranza Brancalione, un assessore che si è trovato a gestire questa partita nel modo peggiore ed è veramente strano, paradossale che l'assessore di merito si sia piegato alla volontà politica, una parte della maggioranza

che ha voluto in tutti i modi anche umiliare coloro che a parole avevano sempre difeso l'istituto regionale, anche se oggi più che mai ci rendiamo conto di quanto poco affidabili siano coloro che la Regione la difendono a parole, poi di fatto sono i primi ad affossarla.

Per queste che sono ragioni di natura politica, sono ragioni di contesto, sono ragioni di merito, sono ragioni anche di opportunità e sono infine ragioni di sensibilità, Alleanza Nazionale è fermamente convinta a votare contro, perché questo è l'unico modo per lanciare un messaggio di chiarezza, per la quale Alleanza Nazionale si impegnerà come sempre, a fianco di coloro che si battono, per la restaurazione delle competenze della Regione non per il suo definitivo affossamento.

In questo momento sembriamo sconfitti, ma sono certo che da queste pagine, da queste vicende e da queste immagini il consenso delle urne ci potrà rafforzare nella condizione nella prossima legislatura, di fare piazza pulita e di bonificare quello che di peggio è capitato in questi disgraziati cinque anni.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Leitner, ne ha facoltà.

LEITNER: Danke Herr Präsident. Ich werde sehr kurz sein. Mit diesem Gesetz wollte man eine Materie regeln, die im Vorfeld für rege Diskussion gesorgt hat. Ich habe hier in den Händen einen Aufruf der KVV-Frauen, die die Abgeordneten aufgefordert haben, Anfang Mai, jeder Hausfrau und jeder Mutter eine Grundrente zu verschaffen und dieses Anliegen ist selbstverständlich zu unterstützen. Wir haben hier eine Flut von Abänderungsanträgen auch seitens der Regierung erhalten und den Überblick zu behalten über das was wir jetzt wirklich beschließen, ist nicht leicht. Einige Verbesserungen wurden mit dieser Änderung sicherlich vorgenommen, alles in allem aber ist es wie wir glauben ein Wahlzuckerle und einige Leute werden sich hier jetzt diesen Erfolg auf die Fahne schreiben, um in den Wahlkampf ziehen zu können. Ich bin auch der Meinung, daß man hier Geld auf möglichst viele Leute verteilt, wo nicht unbedingt jene berücksichtigt werden, die am meisten Bedarf hätten. Das ist die große Sorge, daß das nicht geschieht.

Positiv zu vermerken ist, daß die Termine wieder aufgehen für Frauen, die bisher ausgeschlossen worden sind und positiv zu vermerken ist auch die Verabschiedung von Artikel 14, also die Errichtung zweier autonomer Vorsorge- und Sozialversicherungsanstalten für die Provinz Bozen und für die Provinz Trient. Aus diesen Gründen werden wir uns insgesamt der Stimme enthalten.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Alessandrini, ne ha facoltà.

ALESSANDRINI: Ripeto un giudizio di sintesi, che ho già avuto modo di affermare in altre circostanze, lungo questo travagliato iter, che ha portato alla votazione finale di quest'oggi, per riconfermare che con questa iniziativa legislativa abbiamo perso un'occasione per innovare profondamente, sotto il piano dell'efficacia, sotto il piano quindi della proprietà e dell'adeguatezza del disegno di legge a rispondere a reali

obiettivi di sicurezza sociale, ebbene abbiamo perso questa occasione e abbiamo ripercorso una strada che in qualche modo caratterizzava già la precedente esperienza del pacchetto famiglia.

D'altra parte, allorquando ci si trova di fronte a politiche come quelle che al posto di individuare precisi obiettivi di carattere sociale, si accontentano di una distribuzione di piccoli incentivi monetari a tutti, quando appunto non siamo capaci di ancorare la spesa pubblica a obiettivi di natura sociale vera e propria, assistiamo a questa visione, che ho già definito in altre occasioni 'dorotea', che pone a carico della spesa pubblica una serie di incentivi monetari, che non hanno alcun rapporto con le politiche dei servizi e con gli obiettivi di natura sociale e dell'attualità sociale dell'intervento.

Al momento nel quale abbiamo avuto responsabilità di governo, all'interno della Regione avevamo posto tre obiettivi prioritari: primo, le pensioni complementari, uno strumento che è stato portato a casa e che rappresenta un contributo di riforma decisivo sotto il profilo dell'adeguatezza dei sistemi pensionistici, per garantire anche alle future generazioni una dignità nel momento che hanno cessato l'attività lavorativa.

Secondo obiettivo, riguardava l'istituzione dei congedi parentali per favorire, anche nel settore del lavoro privato, benefici, istituti, interventi che valgono solo per il lavoro pubblico e che rappresentano, rispetto alla tutela della famiglia, certamente molto di più che non quella politica di distribuzione a pioggia di piccoli e modesti incentivi che sono contenuti realmente in questo disegno di legge.

Terzo obiettivo, riguardava l'assicurazione di cura, a cui abbiamo dato un contributo per quanto riguarda il dibattito politico e culturale e che però per diverse motivazioni, che sono state ricordate anche quest'oggi, non ha avuto poi l'esito che speravamo.

Alla fine a noi interessava porre al centro delle politiche sociali i bisogni non della famiglia astratta, ma della famiglia popolare, quella che vive le condizioni di disagio anche nella nostra Provincia e che doveva costituire il perno sul quale far ruotare le politiche di previdenza della Regione e con le deleghe alle due Province. Avevamo posto al centro i problemi della famiglia popolare, non della famiglia astratta, perché la famiglia in astratto costituisce un mero riferimento virtuale, che poi mette sullo stesso piano condizioni di benessere e condizioni di necessità, quelle che costituiscono l'elemento centrale di qualsiasi politica sociale.

Questi obiettivi sono stati solo parzialmente raggiunti, attraverso l'unico istituto a cui noi attribuiamo un contenuto di riforma, che è quello delle pensioni complementari, per il resto continuiamo secondo la logica della distribuzione a pioggia degli interventi, che è tutto, ma non è certamente politica di sicurezza sociale, non è politica di promozione sociale, è solo il perseguimento di situazioni e di politiche che abbiamo visto all'opera per lunghi anni nel nostro paese, che hanno portato ad aggravare la nostra situazione finanziaria, senza costruire quei sistemi moderni di sicurezza sociale, che dovrebbero stare a cuore a tutti.

Per questo confermiamo un giudizio non positivo su questo disegno di legge e conseguentemente daremo le nostre espressioni di voto.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Bolzonello, ne ha facoltà.

BOLZONELLO: Grazie Presidente. Brevissimo, per dire che voterò contro questo disegno di legge per una serie di ragioni di metodo e di merito. Di metodo perché nonostante le assicurazioni fornite dall'assessore, allorquando si è parlato di deleghe alle due Province, di creazione di istituti separati, per quanto io la vedo, si è ritenuto di abdicare a competenze proprie della Regione e se è vero come è vero, lo ha ricordato l'assessore, che è in facoltà della Regione delegare competenze, è altrettanto vero che con una maggioranza diversa e con degli obiettivi politici, strategici che questa Giunta non ha compreso, evidentemente queste deleghe non avrebbe dovuto proporle e concederle, ma ovviamente la volontà è stata diversa e ne prendo atto.

Circa il merito ritengo che più che di pacchetto famiglia, cosa che avrei condiviso con piacere, si debba oggi parlare di pacchetto previdenza, perché come ha già ricordato l'oratore che mi ha preceduto, non si va, almeno a mio modo di vedere, a dare risposte concrete ai bisogni di coloro i quali ne hanno effettivamente necessità, quanto piuttosto si pongono in essere delle iniziative, si parla in altri campi di contributi a pioggia, in questo caso mi pare si possa utilizzare lo stesso termine, quindi non si vanno a fare degli interventi mirati, ma si creano piuttosto delle illusioni e delle false aspettative, che vanno più a detrimento di coloro i quali ne hanno effettivamente bisogno, che non tanto a merito del legislatore.

Voterò contro questo disegno di legge per queste osservazioni che ho, molto brevemente, inteso fare.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Zendron, ne ha facoltà.

ZENDRON: Una curiosa sorte per un gruppo come il mio, composto da due donne attente e sensibili alla condizione femminile di dover votare sempre contro i cosiddetti pacchetti famiglia o le misure che gli uomini in quest'aula pensano fare a favore delle donne.

Mi sembra di poter ripetere quanto già avevo detto anni fa, quando la prima volta questo insieme di misure era stato approvato, che vale tuttora, perché niente è migliorato, qualcosa è peggiorato e cioè queste misure sono anacronistiche nella loro complessità, non migliorano la condizione della donna, non serve dare soldi alle donne che fanno il terzo o quarto figlio, serve darlo per il primo o per il secondo, perché tutti i bambini devono essere aiutati a crescere e le famiglie aiutata a farli crescere, non occorre che siano tanti.

Una politica di espansione demografica fa un po' ridere oggi come oggi, perché le famiglie non fanno il secondo figlio perché non hanno le case abbastanza grandi, problema che questo pacchetto assolutamente non affronta e non risolve i problemi delle famiglie quando i figli sono un po' più grandi e quando devono affrontare nel loro seno le problematiche delle persone anziane.

Niente di tutto questo è considerato ed interessa, qui interessa solamente dare dei soldi, siamo alla fine della legislatura, abbiamo visto che progetti consistenti non ne sono stati proposti in questa materia, quale era il progetto consistente di questo disegno di legge? Quello per cui tutti gli altri pezzi avrebbero dovuto essere sacrificati, era l'assicurazione di cura, era mettere insieme le condizioni iniziali senza troppa presunzione di arrivare subito al risultato.

Credo che si sarebbe potuto iniziare a porre le premesse in tal senso, mentre oggi abbiamo deliberato i miliardi da dare alle Province, da elargire ai lungodegenti; ma vi rendete conto che il problema è quello di cercare di impedire di rallentare il più possibile che le persone diventino lungodegenti e c'è un margine, c'è uno spazio di movimento tra lungodegenti e ritorno, abbiamo delle disposizioni in Provincia di Bolzano, per cui una persona anziana che diventa lungodegente perde la casa sociale e non può più tornare indietro, ma pensate un po' se andate nei paesi civili, l'Olanda e la Germania, se fa di tutto perché dopo un periodo di lungodegenza si possa tornare indietro, invece da noi vi è una chiusura totale e si elargisce semplicemente qualche spicciolo.

La mancanza di progettualità in questo campo è spaventosa, perché i problemi sono grandi e servirebbe un po' di lungimiranza, invece si pensa al massimo alla campagna elettorale.

Desidero accennare l'altro motivo di assoluto giudizio negativo di questa legge, la leggerezza con cui si svende, si fanno i saldi di fine Regione, si delegano le competenze alle Province senza però avere un quadro complessivo di quello che è l'equilibrio che risulterà dopo questa operazione.

Quindi che cosa dire? Rimane forse ancora da dire la forma di pensione alle casalinghe, un cosa che da sè basterebbe come giudizio, serve alle donne, volete davvero che le donne facciano le casalinghe e quando poi vengono abbandonate che cosa vanno a fare? Niente. Senza essere stati capaci di inserire anche un periodo di attività casalinga, che potrebbe però riguardare anche gli uomini, in un complesso in cui uno entra ed esce dal sistema, è quello il futuro, è quello che viene richiesto dalla società e la risposta che si dà qui è una risposta che non è all'altezza dei tempi, è una risposta sbagliata!

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Morandini, ne ha facoltà.

MORANDINI: Dico subito, signor Presidente, finalmente siamo arrivati alla votazione finale di questo disegno di legge, dopo una serie di sedute, che hanno visto questo Consiglio occupato su questo tema. Dico finalmente perché questa rivisitazione delle norme in vigore da qualche anno, dentro il complesso di leggi denominato pacchetto famiglia, ci ha visto partecipare in maniera costruttiva, devo dire anche responsabilmente, sostanziale ed in qualche caso anche critica, proprio attraverso non soltanto la formulazione di un disegno di legge ad hoc, ma anche attraverso un tavolo di confronto, avviato con l'assessore Romano e la Giunta, che ringrazio e con l'assessore Saurer, primo firmatario dell'altro disegno di legge.

Sento in questa fase di ringraziare prima di tutto i proponenti, che hanno sottoscritto con me il nostro disegno di legge, che sono i cons. Ianieri, Binelli, Valduga, Fedel, Willeit ed il sostegno anche del cons. Delladio, perché con costoro abbiamo attivato sin dall'inizio una proposta che, sulla scorta dell'esperienza delle leggi del pacchetto famiglia oggi in vigore, che siamo andati a modificare, ritenevamo, alla luce dell'esperienza di questi anni, di poter rivisitare, almeno in parte su qualche passaggio, per renderle più adatte ai tempi, agli istituti per cui erano nati.

Abbiamo ritirato poi questo disegno di legge prima di passare alla discussione articolata, convintamente, lo abbiamo già ribadito ultimamente in uno degli interventi anche di oggi, perché molti benefici previsti nel nostro disegno di legge sono stati accolti da questa Giunta regionale e accolti addirittura formalmente in emendamenti, che pure noi abbiamo sottoscritto.

In questo senso ritengo che l'aver previsto, come è stato accolto, una maggiore flessibilità per la scelta da parte della donna, che possa lavorare anche soltanto tre mesi e ciò nonostante ricevere gli interventi e le provvidenze previste da questo tipo di norme, sia estremamente importante e che possa anche effettuare e prestare il proprio lavoro in termini più alti, temporalmente parlando, con detrazione giornaliera, penso che anche sia un intervento importante.

Si è anche fatto maggiore attenzione nell'erogazione dell'assegno nucleo familiare per le famiglie più numerose e per le categorie meno abbienti, quindi in questo senso ci riteniamo particolarmente soddisfatti, come anche di fronte alla possibilità che i contributi possano dirottarsi sulla pensione alle casalinghe, contributi versati all'INPS e anche da parte di chi ha una pensione autonoma.

Abbiamo anche previsto nel disegno di legge originario e siamo contenti che sia stato accolto nel complesso delle norme che stiamo andando a votare, il riconoscimento di alcuni contributi figurativi che riteniamo essenziali, proprio per il tipo di valenza che hanno, cioè un anno per ogni figlio fino ad un massimo di tre, compresa anche l'attività di assistenza alle persone non autosufficienti, come riteniamo importante il riscatto dei periodi coperti da contribuzione obbligatoria presso altre casse, fino ad un massimo di cinque anni.

Naturalmente ci sono stati un paio di passaggi su cui non ci siamo riconosciuti e lo diciamo, perché con riferimento a quanto prima ricordava il cons. Pinter e cioè la non accoglienza da parte della maggioranza di questo Consiglio di un paio di nostri emendamenti, peraltro ne abbiamo proposti alcuni proprio per sottolineare l'importanza di queste nostre proposte, evidentemente riteniamo che il Consiglio abbia perso una grande occasione per dare finalmente giustizia ad alcuni servizi che all'interno della famiglia svolgono tuttora una serie di persone, mi riferisco alla bocciatura da parte della maggioranza del Consiglio dell'assegno di cura fino a tre anni, motivato da ragioni finanziarie, che secondo noi non sussistono perché l'esperienza attuativa di questi anni delle leggi attualmente in vigore ha dimostrato che questo non è un problema, mentre lo è la riduzione della pensione alle casalinghe a 62 anni, per chi ha già compiuto i 50 anni e il non percepimento dell'assegno di natalità a favore delle persone che vivono una gravidanza imprevista o indesiderata, tuttora è previsto dalla

norma vigente, che comunque andrà fino al 1999, che poi, assessore Romano, dovremo provvedere o con norma di tipo assistenziale, se non previdenziale, per ovviare ad una lacuna che è davvero dannosa e discriminatoria a danno di queste persone.

Concludo, dichiarando la nostra sostanziale soddisfazione per la positività non solamente del lavoro che abbiamo svolto insieme, ma anche proprio perché è stata mantenuta l'impostazione originaria delle leggi del pacchetto famiglia, che già ha riscosso, anche fuori dalla nostra Regione, considerazioni e giudizi particolarmente positivi ed è sotto gli occhi di tutti, sia per motivazioni sociologiche, sia per motivazioni umane, sia per motivazioni di tipo sociale, quanto oggi sia necessario intervenire con politiche familiari, che individuino la famiglia come soggetto attivo, non come destinataria passiva degli interventi.

Quindi voteremo positivamente questo disegno di legge.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Kurz. Ich habe hier den Bericht über die Verwaltung der Ergänzungsvorsorge von seiten des Landesamtes für 1997 und dann dessen Ergänzung, die Anfang '98 erschienen ist. Und dort steht zusammengefaßt, daß 90% dieser sogenannten Ergänzungsvorsorge Fürsorgeleistungen sind. Rund 90% sind Fürsorgeleistungen, bitte. Und daß die Beiträge, steht hier, meist symbolisches Ausmaß haben. Also diese Fürsorgeleistungen, für die ist gemäß Autonomiestatut und auch gemäß europäischer Sozialcharta das Land zuständig und diese könnte also das Land erbringen und gerade diese so groß aufgebaute sogenannte Pflegeversicherung ist reine Fürsorge und könnte von der Provinz geleistet werden. Wenn man diese Fürsorge beibehalten will, muß sie dann sowieso die Provinz übernehmen, denn die Vorsorge, die Sozialversicherung von seiten der Region, diese ergänzende Vorsorge wird ja wieder vom Staat an sich gezogen.

Wenn das Gesetz genehmigt wird, dann wird es eben heißen, ja wir müssen die Region beibehalten, sonst bleiben diese verschiedenen Renten nicht bestehen, wobei wie gesagt die Renten als solche zu 90% Fürsorgeleistungen sind. Ich lese nur immer aus diesem offiziellen Bericht: Der Zuschuß auf die freiwillige Rentenversicherung der Saisonarbeiter wird nicht beansprucht, der Zuschuß auf die freiwillige Rentenversicherung der Hausfrauen wird infolge der neuen staatlichen Rentenbestimmungen an Bedeutung verlieren, da sich in vielen Fällen die freiwillige Versicherung nicht lohnt. Dann noch: Das Arbeitslosengeld der Grenzpendler wird vermutlich in Zukunft kaum noch beansprucht. Außerdem wird die staatliche Hausfrauenrente derzeit umgestaltet, so daß die Rente der Region sich anpassen wird. Und im Bericht über 97 ist zu lesen: Erstmals wurde die Hausfrauenrente ausgezahlt usw...es handelt sich um 18 Hausfrauen. Also, wenn die SVP das durchgeführt hätte was sie immer sagt, dann hätte man wie gesagt das alles im Rahmen der Landeszuständigkeit leisten und durchführen können. Und diese ergänzende Vorsorge, die sowieso sehr spärlich angekommen ist, hätte man können der Region überlassen, aber sie dann eben überführen auf die Institute für Sozialversicherung und Unfallversicherung. Die hätte

man schon längst errichten sollen, so wie wir schon 1990 beantragt haben, hätte man sie dort überführen können, ohne vorzutäuschen, daß wir was Gott was wir hier erreicht haben. Dabei eben hätte man gewußt, es geht um Fürsorge und wobei ja der Staat selber in einem Gesetz folgendes als Fürsorgemaßnahmen anführt: alle Sozialpensionen, die durch die Erleichterung in der Beitragszahlung entstehenden Lasten, welche für besondere Kategorien, Sektoren oder Gebiete verfügt worden sind, die Lasten aus den Familienrenten, wofür die Beteiligung des Staates vorgesehen ist, während alle aus anderen Maßnahmen des Staates entstehenden Lasten, sowie die den Bauern, Halb- und Teilpächtern gezahlten Pensionen als Fürsorge gelten.

Wie gesagt, das Ende vom Lied wird das sein, wir müssen die Region erhalten, sie darf nicht abgeschafft werden, denn sonst geht die Familienrente verloren. Diese Täuschung, dieser Volksbetrug ist wieder einmal das Ende vom Lied.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Ianieri, ne ha facoltà.

IANIERI: Presidente, onorevoli colleghi, intervengo nella parte finale di questo disegno di legge, dicendo che se da una parte è vero quello che il collega Morandini ha detto, in merito all'accoglimento di buona parte delle nostre proposte che erano nel disegno di legge n. 78, che avevo sottoscritto insieme ai conss. Morandini, Delladio ed altri, è anche vero che vi sono però delle motivazioni politiche che mi portano a prendere distanza da quello che è stato invece l'entusiasmo con il quale alla fine il collega Morandini dice che avrebbe votato e sostenuto questa legge.

Non posso assolutamente rinnegare tutto quello che ho fatto fino ad oggi, in merito alla difesa dell'ente Regione e pertanto con quello che è stato previsto negli artt. 13 e 14, vedo un'anticipazione di quella che sarà la discussione da domani in poi in merito al disegno di legge n. 95.

Ho sempre sostenuto che posso anche essere d'accordo e forse sono sicuramente d'accordo con il fatto che le competenze amministrative vengano amministrate dalle due Province, ma il portare via queste competenze alla Regione prima che all'ente Regione, sia stato dato un vestito nuovo, le nuove competenze che l'ente deve avere, ho sempre detto che questo è un qualche cosa che a mio avviso non deve avvenire.

Pertanto proprio per una questione ed una coerenza politica con quello che fino ad oggi è stato il mio comportamento in questo Consiglio, devo dissociarmi da quella che è stata la dichiarazione di voto del collega Morandini, che si è detto certamente soddisfatto, perché molto di quello che avevamo messo nel disegno di legge n. 78 è stato poi recepito, attraverso emendamenti o meno, però, ripeto, devo votare contro e voterò contro questo disegno di legge, proprio per una coerenza politica che fino ad oggi mi ha portato a prendere sempre posizione contro lo svuotamento delle competenze dell'ente Regione.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Gasperotti, ne ha facoltà.

GASPEROTTI: Presidente, molto brevemente sulla nostra base di discussione, che dovrebbe essere la base dalla quale derivano le nostre leggi, ma il periodo storico è molto creativo e questa creatività va a sconfinare purtroppo in peggio rispetto al diritto costituzionale, come quello dell'art. 32, "la Repubblica tutela la salute come fondamentale diritto dell'individuo ed interesse della collettività e garantisce cure gratuite agli indigenti, nessuno può essere obbligato o ad un determinato trattamento sanitario, se non per disposizione di legge, la legge non può in alcun caso violare i limiti imposti dal rispetto della persona umana."

Ogni cittadini inabile al lavoro e sprovvisto di mezzi necessari per vivere, ha diritto al mantenimento, all'assistenza sociale e più avanti troviamo anche il diritto ad essere curati quando le malattie sono croniche, ma la confusione fra assistenza e salute produce un effetto negativo anche nella nostra Regione. Gli studi predisposti a cura della Regione e delle Province autonome di Bolzano, andavano ad indicare percorsi diversi rispetto alla legge approvata oggi... lo so che sarà solo un voto, ma almeno il rispetto di ascoltare il pensiero, non sarebbe male!

Ho avuto già modo di ripetere quanto affermato dal cardinale Martini, in merito a tale questione, collega Morandini, così religioso, che si dimentica però che la parità dell'uomo è anche manifestata lì e non c'è bisogno di carità in questo mondo moderno, c'è bisogno di diritto, le tasse le paghiamo tutti perché la società sia secondo le regole stabilite, che poi sono quelle costituzionali e non c'è bisogno di distribuire al singolo "favori", ma certezze e garanzie.

Non è questo il risultato della legge, risultato che si può comprendere storicamente per il fatto che la maggioranza non esiste, ma il risultato sarà quello che verrà letto dai posteri, perché queste leggi, che piaccia o meno, sono leggi della Repubblica italiana e vanno lette non solo in questo luogo, ma in tutto il mondo che si meraviglierà della fantasia e creatività dei legislatori della Regione Trentino-Alto Adige, che non hanno il coraggio di affermare la necessità di intervento sotto il profilo delle certezze e della sicurezza sociale, mentre si arrampicano sugli specchi, perché lo statuto non concede questa facoltà alla Regione, per costruire un fondo di previdenza, come se il cittadino non pagasse le tasse. Certo chi non le ha pagate, ce ne sono stati tantissimi, sono 240 mila i miliardi di evasione fiscale, quelli non contribuiscono a risolvere i problemi della società, quelli stanno dall'altra parte ed è per questo che il cittadino coscienzioso deve sentirsi garantito da quel risultato costituzionale.

Qui si è voluto intraprendere una strada, che è stata percorsa da altri, che hanno regole costituzionali diverse, ma se cercate di imitare qualcuno fatelo in maniera corretta e rispettosa degli altri, perché loro hanno dei motivi precisi per chiedere le modifiche costituzionali o delle regole delle leggi vigenti.

Finisco Presidente. Attorno a tale questione svolgerà la campagna elettorale, il dire no ad una legge di questo tipo significa incontrare difficoltà elettorali e noi diremo no, proprio perché manca di chiarezza e di obiettivi ed il fatto che ci sia la necessità di intraprendere strade diverse, che voi non avete avuto il coraggio di intraprendere, questa maggioranza regionale non è riuscita a portare a casa un progetto ostacolato anche da me per la parte che posso rappresentare, elaborato dal collega

assessore Saurer che aveva, se non altro, una sua filosofia, mentre il risultato qui ottenuto è un ibrido che non sa né di carne, né di pesce, ecco perché il mio sarà un voto egativo. Grazie Presidente.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Denicolò, ne ha facoltà.

DENICOLÒ: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Am Ende einer mehrjährigen Auseinandersetzung rund um die Möglichkeiten der Ergänzungsvorsorge durch die regionale Kompetenz denke ich erfüllt es uns allgemein mit Zufriedenheit, daß es gelungen ist, den Grundraster, der mit den Gesetzen von 92/93 gelegt worden ist, jetzt doch nach längeren Bemühungen vor allem von Landesrat Saurer, Frau Conci und schließlich Assessor Romano in wesentlichen Punkten zu verstärken. Natürlich gibt es immer noch Punkte, wo man wesentlich besser hätte vielleicht gesetzgeberisch tätig sein können, es gab Argumente dafür, Argumente dagegen. Trotzdem möchte ich zum Ausdruck bringen, daß es von Weitblick zeugt, wenn gerade unsere Region, eingebettet zwischen zwei großen Kulturkreisen des Südens und des Nordens mit besonderer Aufmerksamkeit bereits Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahr verfolgt hat, was sich im nördlichen Kulturraum in Richtung Familienverbesserungen, in Richtung Versicherungssysteme, in Richtung Mitbeteiligung der Bürger und Bürgerinnen in ihrer eigenen Lebensversicherung tut und - was Familie, Pflege, Erziehung, Hausfrau, Leistungen der Familien insgesamt betrifft - den Blick offen gehalten hat und versucht hat, eigene Gesetzeskompetenzen wahrzunehmen, um hier vorbildhaft für den Süden, vorbildhaft für diesen Staat zu arbeiten. Was der Staat heute unternimmt, ist bei uns bereits grundgelegt. Das möge doch auch einmal deutlich gesagt sein.

Schließlich meine ich, daß es sich schon auszahlt hier klipp und klar zu sagen: Diese Vorsorgemaßnahmen sind familienorientiert, unabhängig davon, welchem Familienmodell man im Augenblick angehört. Es darf doch wohl auch hier jeder Mann und jeder Vater, der als Abgeordneter arbeitet, darauf hinweisen, daß auch er ein Recht hat, über Familie und eigene Kinder zu reden und daß Familie nicht nur Angelegenheit der Frau ist. Sehr wohl aber haben wir die Pflicht, das was Frauen leisten in ganz besonderer Weise anzuerkennen, ohne uns unterstellen zu lassen, daß wir, wenn wir von Familie reden, nichts anderes intendieren als die Frau zurückzuschicken an den Herd und in den Haushalt. Das stimmt ganz einfach nicht. Das ist Demagogie. Und was hier am Ende bearbeitet und abgestimmt wird, hat im Jahre 1994 begonnen, lange vor dem sogenannten Wahltermin im November dieses Jahres. Und wenn man hier erneut von Wahlgeschenken redet, dann ist das genauso Demagogie, denn 1994 hat man begonnen, die Ergänzungsgesetze genauestens auf ihre Leistungskraft zu überprüfen, auf ihre Verwaltungsleistung und auf ihre Zielorientiertheit. Das Ergebnis wurde '95 im Frühjahr vorgelegt. Daß es so lange gedauert hat, hat vielfach auch noch andere Gründe. Ich möchte zum Schluß einfach sagen, daß wir im regionalen Haushalt zusätzlich 190 Milliarden Lire in die Vorsorge investieren, in die Familie, in die Hausfrauenrente, in die Alterssicherung, in die Pflegeversicherung, das zeigt von sozialem Weitblick und dafür glaube ich sollten wir uns auch gegenseitig die Anerkennung geben.

Was als Ergänzungsvorsorge heute hier verabschiedet wird, trifft in den Ländern auf großartige Grundleistungen. Ich zitiere die Leistungen der Länder in Richtung Förderung des Wohnbaus, in Richtung Förderung des Rechtes auf Bildung mit den Studienstipendien, in Richtung Auszahlung und Sicherung des Lebensminimum, das sind Leistungen der Länder und haben mit der Ergänzungsvorsorgekompetenz der Region nichts zu tun. Die Sozialleistungen in spezifischer Weise im Sozialwesen der Länder nimmt diese Ergänzungsaufgabe in ganz großer Dankbarkeit auf und ich denke schon, daß wir damit sagen können, daß dieses Netz auf ein anderes trifft und beides vernetzt. Wir sagen überzeugt „Ja“ zu diesen sozialen Maßnahmen.

PRESIDENTE: Colleghi, credo sia importante esaurire questo punto all'ordine del giorno. Ci sono altre dichiarazioni di voto? Nessuna. Prego distribuire le schede per la votazione a scrutinio segreto.

(segue votazione a scrutinio segreto)

Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz
Assume la Presidenza il Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Meine Damen und Herren, damit darf ich das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	48
Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	17
weiße Stimmzettel:	2

Damit genehmigt der Regionalrat diesen Gesetzentwurf.

Morgen um 9.30 Uhr ist Fraktionssprechersitzung, um 10.00 Uhr Regionalrat.

(ore 18.20)

INDICE

Disegno di legge n. 63:

Modifiche ed integrazioni alle leggi regionali concernenti interventi di previdenza integrativa e di assicurazione sociale, nonché nuovi interventi in materia (presentato dai consiglieri regionali Saurer, Kasslatter-Mur, Achmüller, Denicolò e Frasnelli)

pag. 1

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 63:

Änderungen und Ergänzungen zu den Regionalgesetzen betreffend Maßnahmen der Ergänzungsvorsorge und Sozialversicherung sowie neue Maßnahmen in diesem Sachbereich (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Saurer, Kasslatter-Mur, Achmüller, Denicolò und Frasnelli)

Seite 1

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

KURY Cristina Anna <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	pag.	2-6-15-19-40
PINTER Roberto <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	2-43
PASSERINI Vincenzo <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	3
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)</i>	"	5-11-27-35-48
CHIODI-WINKLER Wanda <i>(Gruppo D.S. del Trentino)</i>	"	5-11
DALBOSCO Marco <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	7-9
ROMANO Francesco <i>(Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)</i>	"	8-18-23-28-37-40
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	10-19-44
ALESSANDRINI Carlo <i>(Gruppo D.S. del Trentino)</i>	"	12-36-46
SAURER Otto <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	13-24
GASPEROTTI Guido <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	14-53
CONCI-VICINI Paola <i>(Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)</i>	"	17
MORANDINI Pino <i>(Forza Italia - C.D.U.)</i>	"	18-30-31-49
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Alleanza Nazionale)</i>	"	20-25-34-45

BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	pag.	23-25-33-51
BOLZONELLO Marco <i>(Gruppo Misto)</i>	"	24-48
LEITNER Pius <i>(Gruppo Die Freiheitlichen)</i>	"	46
IANIERI Franco <i>(Gruppo Misto)</i>	"	52
DENICOLO' Herbert Georg <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	54